

Akademie-Verlag Berlin 1974

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 40

Zur Verschärfung des ideologischen Kampfes in den Fragen des Staates und der Demokratie

Die Geschichte der Klassengesellschaften lehrt, daß der Bereich der Ideologie ein wichtiges Feld des Kampfes der Klassen darstellt. Der erbitterte Widerstand jener Klassen, die die historisch überlebten Gesellschaftsformationen und deren reaktionäre politische Machtverhältnisse zu erhalten trachten, gegen die Klassen, die eine geschichtlich höhere gesellschaftliche und politische Ordnung repräsentieren, prägt seit jeher ganz entscheidend den Kampf der Ideologien.

Wir wissen jedoch, und die Realität des Klassenkampfes bestätigt es täglich erneut, daß die Auseinandersetzung der Ideen und Ideologien mit der Entstehung und Entfaltung des Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse eine völlig neue Qualität erhalten hat. Erstmals stehen sich hier nicht mehr zwei Klassen gegenüber, die einen historisch niederen oder höheren Typ der Ausbeutergesellschaft, des Ausbeuterstaates und der Demokratie für die Ausbeuter verkörpern und deren sozialökonomische Interessen sich lediglich durch die Bedingungen, die Art und Weise der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unterscheiden. Vielmehr ist die Herrschaft der Bourgeoisie und besonders der Monopolbourgeoisie mit der Existenz des historisch letzten und barbarischsten Systems der Ausbeutung verknüpft, während die Arbeiterklasse mit ihrer eigenen Befreiung vom Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus die Menschheit von jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreit. Vor allem aus diesem antagonistischen Gegensatz des historischen Wesens der Bourgeoisie und des historischen Wesens der Arbeiterklasse, der sich im unvereinbaren Gegensatz der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaftsordnung, des bürgerlichen und sozialistischen Staates manifestiert, resultiert die Unversöhn-[10]lichkeit von bürgerlicher und sozialistischer Ideologie und nicht zuletzt die Schärfe des ideologischen Kampfes. Die tiefen sozialen und politischen Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie, zwischen Sozialismus und Imperialismus findet im unversöhnlichen Kampf der beiden Ideologien, der sozialistischen und der bürgerlichen, in zugespitzter Weise Ausdruck.

Die Begründer der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse haben nachgewiesen, daß der ideologische Kampf eine der Hauptformen des Klassenkampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist und mit den ökonomischen und politischen Hauptformen dieses Kampfes eine untrennbare Einheit bildet. Wie Friedrich Engels feststellte, hängt die Stärke und Unbesiegbarkeit der Arbeiterbewegung maßgeblich davon ab, daß „der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt“ wird.¹ Lenin hob hervor, daß die Arbeiterklasse ihre ökonomischen und politischen Aufgaben nur in Maße erfolgreich lösen kann, wie sie zugleich den Kampf gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie führt. Er bezeichnete es als eine vordringliche Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, „jeden Widerstand der Kapitalisten zu brechen, nicht nur den militärischen und politischen, sondern auch den ideologischen, der am tiefsten und mächtigsten ist“.²

Die Lehre von Marx, Engels und Lenin findet im revolutionären Weltprozeß der Gegenwart nicht nur ihre hervorragende Bestätigung. Sie erweist sich mehr denn je auch als entscheidendes Instrument, das die revolutionären Kräfte in die Lage versetzt, die neue, sozialistische und kommunistische Gesellschaft aufzubauen und die Welt weiter im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu verändern. Daher wird in den Beschlüssen des XXIV. Parteitag der KPdSU, des VIII. Parteitag der SED und der Parteitage der anderen Bruderparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie in den gemeinsamen Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien die Feststellung

¹ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 541.

² W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 364.

getroffen, daß die Bedeutung der Ideologie und des ideologischen Kampfes gegen den Imperialismus in [11] unserer Zeit außerordentlich gewachsen ist und sich weiter erhöhen wird.

Das ergibt sich vor allem aus folgenden Faktoren:

Während in allen vorsozialistischen Gesellschaftsformationen die Menschen die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Handelns nicht erkennen und beherrschen konnten, wird der Sozialismus durch das bewußte Handeln des Volkes errichtet und entwickelt. Erst auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse können die Menschen die objektiven gesellschaftlichen Gesetze bewußt und mit zunehmender Sachkenntnis anwenden, ihre Geschichte folglich bewußt selbst gestalten. „Bewußt handeln für den Sozialismus kann aber nur der“, stellte Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED fest, „der sozialistisches Bewußtsein besitzt, das heißt mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ausgerüstet ist. Und das betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Nur so ist zu gewährleisten, daß die Tätigkeit auf allen Fachgebieten vom Ziel des Sozialismus durchdrungen ist und zu sozialistischen Ergebnissen führt.“³

Aus dieser Erkenntnis, in der täglichen Praxis der sozialistischen Entwicklung stets erneut bestätigt, ergibt sich ganz folgerichtig, daß bei jedem weiteren Schritt auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus die Bedeutung der Bewußtheit, des bewußten sozialistischen Handelns der Arbeiterklasse und aller Werktätigen und damit das Gewicht der sozialistischen Ideologie, der Beherrschung und Anwendung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus zunimmt.

Die Erfolge beim Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft, die immer bessere Nutzung ihrer Vorzüge und damit auch der weitere Ausbau ihrer Überlegenheit über den Kapitalismus, die die Richtigkeit und Lebenskraft der Lehre von der revolutionären Veränderung der Gesellschaft voll unter Beweis stellen, verstärken zugleich den Einfluß der Ideen des Marxismus-Leninismus auf das Denken und Handeln der Menschen in allen Teilen der Welt. Der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in den Bruderländern, die weitere Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft und die Einwirkung ihrer koordinierten Außenpolitik und ihres Friedensprogramms auf die internationale Politik sind die wichtigsten Grundlagen für [12] das weitere offensive Vordringen der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus und Kommunismus, die bereits zur einflußreichsten geistigen Strömung der Gegenwart geworden sind. Es gibt heute keinen bedeutenden konstruktiven Vorschlag zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme einschließlich der Gestaltung der internationalen Beziehungen, der nicht vom Sozialismus, von den Vertretern der revolutionären Arbeiterbewegung ausgehen würde. Es gibt in der Gegenwart keine prinzipielle, wissenschaftlich begründete Antwort auf die Grundfragen unserer Zeit, die nicht von der marxistisch-leninistischen Theorie gegeben würde. Gerade der wachsende Einfluß des realen Sozialismus, seiner Politik, Ökonomie und Ideologie auf das Geschehen in der Welt wie andererseits die allseitige Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die Unfähigkeit des Imperialismus zur Lösung der akuten gesellschaftlichen Fragen sind die entscheidenden Faktoren für das zunehmende Gewicht und die Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Die Verstärkung des ideologischen Kampfes an Umfang und Intensität tritt jedoch nicht trotz oder entgegen der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten entgegengesetzter Gesellschaftssysteme, sondern in ihrem Gefolge ein.⁴ Der Imperialismus kann zur friedlichen Koexistenz nur gezwungen werden; von seinem Wesen her ist er dazu von sich aus nicht bereit. Der Imperialismus war, ist und bleibt die reaktionäre und aggressive Herrschaft des Monopolkapitals, wie sie Lenin in seinem Werk über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus nachgewiesen hat, der Feind *jeder* Demokratie und *jedes* gesellschaftlichen Fortschritts, die Macht der Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Massen des eigenen und fremder Völker im Interesse des Profits der Monopole. An diesem reaktionären und aggressiven Wesen des Imperialismus ändert auch die Tatsache nichts,

³ Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: E. Honecker, Berlin 1971, S. 96.

⁴ Vgl. Aus dem Schlußwort des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Gen. E. Honecker, auf der 8. Tagung des ZK der SED, Neues Deutschland vom 8.12.1972, S. 5.

daß er heute mehr die bestimmende Kraft des Weltgeschehens darstellt und ihm infolge der wachsenden Stärke des Sozialismus, der Aktivität der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in vieler Hinsicht die Hände gebunden sind. Der Imperialismus muß dieser historischen Entwicklung Rechnung tragen; er ist gezwungen, sich dem zu seinen Ungun-[13]sten veränderten Kräfteverhältnis anzupassen. Die gemeinsame Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ist auf die Schaffung und Festigung von Bedingungen gerichtet, unter denen der Imperialismus das Prinzip der friedlichen Koexistenz als einzig mögliches Prinzip der Beziehungen zwischen Staaten entgegengesetzter gesellschaftlicher Ordnungen akzeptieren muß. Eine wesentliche Bedingung für die weitere erfolgreiche Verwirklichung dieser Politik ist die noch stärkere offensive Verbreitung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie.⁵

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus umfaßt heute alle wesentlichen Fragen, die die Interessen der antagonistischen Klassen und Gesellschaftsformationen betreffen. Die Fragen des Staates und der Demokratie als Fragen der politischen Macht nehmen dabei eine zentrale Stellung ein. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU stellte L. I. Breschnew fest: „Die Fragen der Demokratie stehen bekanntlich im Mittelpunkt des ideologischen und politischen Kampfes zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus.“⁶

Aus der Tatsache, daß die Rolle des Staates und der Demokratie im Prozeß des Aufbaus des Kommunismus und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst, daß die Fragen der politischen Macht immer mehr in den Brennpunkt der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern sowie in das Zentrum der antiimperialistischen Befreiungsbewegung rücken, zieht der Imperialismus auf seine Weise Schlußfolgerungen. Er konzentriert seine vom Antikommunismus und speziell vom Antisowjetismus getragenen ideologischen und politischen Angriffe noch heftiger und zielgerichteter auf die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat und ihren Kern, die Lehre von der Diktatur des Proletariats, auf ihre Verwirklichung in der Praxis des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie.

Die Arbeiterklasse vermag ihre geschichtliche Mission und Führungsfunktion beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus nicht ohne eine starke und einheitliche, zielstrebig wirksame sozialistische Staatsmacht zu erfüllen. Zugleich hat die Stärke [14] des sozialistischen Staates, seine schöpferische, gesellschaftsgestaltende Wirksamkeit in der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die entscheidende Grundlage. Die antikommunistischen Kräfte aller Schattierungen richten ihre Angriffe daher vor allem auf diese Fragen. Ihre Hauptstoßrichtung zielt auf die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei als der entscheidende Quelle der Stärke und Wirksamkeit der sozialistischen Staatsmacht. Die unversöhnliche Auseinandersetzung mit allen bürgerlichen, rechts- und „links“ opportunistischen Angriffen auf den sozialistischen Staat, die offensive Abwehr aller antikommunistischen Verleumdungen und Entstellungen des Wesens des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie sind eine Lebensfrage der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihrer erfolgreichen Entwicklung.

Was haben die bürgerlichen, revisionistischen und opportunistischen Ideologen nicht schon für Anstrengungen jeder Art gemacht, um auf das Bewußtsein der Menschen in den sozialistischen Ländern Einfluß zu gewinnen, bürgerliche und kleinbürgerliche Vorstellungen und Illusionen zu reaktivieren, um ideologisch und politisch einen Keil zwischen die Volksmassen und die sozialistische Staatsmacht zu treiben und so den Boden für die Rückgewinnung der verlorenen Machtpositionen des Imperialismus in diesen Ländern vorzubereiten!

⁵ Vgl. Schöpferische Antworten für die Dialektik unseres Kampfes, ND-Gespräch mit T. I. Oiserman und M. Buhr, Neues Deutschland vom 5.6.1973.

⁶ Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, Referent: L. I. Breschnew, Moskau-Berlin 1971, S. 111.

Was haben sie nicht schon alles unternommen, um zu verhindern, daß die Wahrheit über den realen Sozialismus, über den sozialistischen Staat und die sozialistische Demokratie unter den werktätigen Menschen in den kapitalistischen Ländern Verbreitung findet? Tausendfältig sind die Entstellungen, Verleumdungen und Verfälschungen, primitiv oder raffinierter zurechtgemacht, die dazu herhalten müssen, die Erkenntnis über das Wesen des Sozialismus, seines Staates und seiner Demokratie zu unterdrücken.

Was haben die Gegner des Sozialismus nicht alles versucht, um zugleich den Volksmassen in den kapitalistischen Ländern das dort bestehende gesellschaftliche und politische System als „demokratisch“, „gerecht“ und „freiheitlich“ schmackhaft zu machen, das allenfalls noch einiger „Verbesserungen“ bedürfe, um angeblich allen Menschen gleiche soziale und politische Chancen zu verschaffen?

[15] Seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sind diese Bestrebungen mit einer Flut von Lügen aller Art über den sozialistischen Staat und die sozialistische Demokratie verbunden. Die Schärfe dieser ideologischen Angriffe hat sich in dem Maße verstärkt, wie es sich als aussichtslos erwies, den sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern durch militärische Intervention, wirtschaftlichen Druck oder auf andere gewaltsame Weise in die Knie zu zwingen und wieder aus der Welt zu schaffen. Die Angriffe steigerten sich weiter, als sich der politische, ideologische und ökonomische Herrschaftsbereich der Bourgeoisie in der Welt verkleinerte, neue sozialistische Staaten entstanden und sich der Sozialismus als Weltsystem herausbildete und sich erfolgreich entwickelte.

Einen zentralen Platz in den antikommunistischen Entstellungen und Verleumdungen des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie nehmen die Behauptungen ein, daß die Diktatur des Proletariats und „die Demokratie“ angeblich miteinander unvereinbar und sich gegenseitig ausschließende Erscheinungen seien. Die Diktatur des Proletariats, der sozialistische Staat werden als „Diktatur einer Partei“, als „totalitäres Regime“ verleumdet. Während auf der einen Seite der sozialistische Staat als mit „der Demokratie“ schlechthin nicht zu vereinbaren ausgegeben wird, wird andererseits der bürgerliche Staat als Ausdruck „der Demokratie überhaupt“, als die Verkörperung „wahrer Demokratie“ hingestellt. Der sozialistische Staat sei identisch mit „der Diktatur“, der bürgerliche Staat dagegen mit „der Demokratie“. In diesem Sinne äußert sich zum Beispiel Hans Kelsen, ein führender Vertreter des bürgerlichen rechtsphilosophischen Positivismus: „Die Anerkennung der Demokratie als Regierungsform des proletarischen Staates ist mit der Charakterisierung des proletarischen Staates als ‚Diktatur‘ in keiner Weise zu vereinbaren, denn diese ist das Gegenteil von Demokratie.“⁷

Diese ahistorische, das Klassenwesen jedes Staates und jeder Demokratie verschleiernde Gegenüberstellung von „Demokratie“ und „Diktatur“ ist ideologischer und methodologischer Grundbestandteil aller antikommunistischen Angriffe auf das Wesen und die Rolle des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie. Auf eine besonders reaktionäre Weise kommt dieses Vorgehen in den antikommunistischen Losungen [16] vom „Totalitarismus“, von den „totalitären Regimen“ und der „totalitären Parteienherrschaft“ zum Ausdruck. Dabei schrecken Vertreter der bürgerlichen Ideologie in ihrem tiefen Haß auf die Sowjetunion und die mit ihr verbundenen sozialistischen Staaten auch nicht davor zurück, unter der Flagge des „Totalitarismus“ die sozialistische Staatsmacht und den faschistischen Staat auf eine Stufe zu stellen. Es bringt im übrigen das Abgleiten revisionistischer Kräfte auf reaktionärste Positionen der bürgerlichen Ideologie zum Ausdruck, wenn sie zu allen anderen Verleumdungen des realen Sozialismus auch noch diese verlogenen Behauptungen nachbeten. Ota Šik kann die Logik des Weges, der den Revisionismus schließlich in die Gesellschaft der reaktionärsten bürgerlichen Ideologie führt, nicht deutlicher zeigen, wenn er erklärt, daß im Faschismus und im Kommunismus „die Masse der arbeitenden Menschen abhängig ist von der kleinen Gruppe der Machttträger“.⁸

Angesichts der Tatsache, daß sich die primitiven, groben antikommunistischen Losungen immer weniger als geeignet erweisen, das wachsende Ansehen und die zunehmende Autorität der sozialistischen Staaten im Bewußtsein der Massen in den kapitalistischen Ländern herabzusetzen und dem

⁷ H. Kelsen, *The political theory of bolshevism*, Berkely 1948.

⁸ O. Šik, *Die vier Grundpfeiler einer demokratisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, in: *Pluralismus, Konzeptionen und Kontroversen*, hrsg. v. F. Nuscheler/W. Steffanie, München 1972, S. 311.

Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die sozialistischen Länder die Tür zu öffnen, sucht der Imperialismus nach verfeinerten, flexibleren Formen und Methoden seiner antikommunistischen Angriffe auch und gerade in den Fragen des Staates und der Demokratie. Dabei bedient er sich besonders der sich in verschiedenen Varianten anbietenden rechts- und „links“ opportunistischen Strömungen, deren Thesen vom „undemokratischen“ Charakter beziehungsweise von der „revisionistischen Entartung“ des sozialistischen Staates modern zurechtgemacht und als Waffen im ideologischen Kampf des Imperialismus gegen den Sozialismus eingesetzt werden.

Auf der wissenschaftlichen Konferenz zur Auswertung des XXIV. Parteitages der KPdSU wurde festgestellt: „Das Wanken der Positionen der imperialistischen Bourgeoisie unter dem Ansturm der revolutionären Kräfte verstärkt deren wütenden Widerstand. Sie wendet immer raffiniertere Kampfformen an, greift zur ideologischen Diversion, versucht, alle möglichen revisionistischen Schwankungen auszunutzen. ... In den Reihen der Gegner der kommunistischen Bewegung betätigen sich Anarchisten und Trotzisten, Maoisten und andere Revisionisten und Reformisten. Es ist sehr bezeichnend, daß sich die Unterschiede zwischen diesen Richtungen immer mehr verwischen. Rechte und ‚linke‘ Opportunisten schließen sich auf dem Boden des Antisowjetismus, des Antikommunismus, des Nationalismus, auf dem Boden des Kampfes gegen den realen Sozialismus immer enger zusammen.“⁹

Diese Einschätzung gilt in vollem Umfang auch für die Fragen des Staates und der Demokratie. Auch hier ist zu beobachten, wie den primitiven Beschimpfungen und Verteufelungen des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie in zunehmendem Maße verfeinerte Methoden des ideologischen Kampfes an die Seite gestellt werden und sie zum Teil ablösen oder ersetzen. Diese „gefälliger“ verpackten Angriffe auf den sozialistischen Staat und die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus werden in alle möglichen „Ratschläge“ über die „Verbesserung“ des Sozialismus, über seine „Demokratisierung“ und „Humanisierung“ gekleidet. Selbstverständlich geht es ihnen dabei gar nicht um den Sozialismus. Hinter der unausgesprochenen oder ausgesprochenen Hoffnung, daß diese dem Marxismus-Leninismus und dem realen Sozialismus feindlichen Ideen „eines Tages, unter günstigeren Bedingungen, zur praktischen Wirklichkeit werden“¹⁰, verbirgt sich der Versuch, den weiteren Vormarsch des Sozialismus, der zugleich der Triumph der Ideen von Marx, Engels und Lenin ist, doch noch aufzuhalten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Die Erfolge des revolutionären Weltprozesses, die Geschlossenheit der um die Sowjetunion vereinten sozialistischen Gemeinschaft und die Ausstrahlungskraft der marxistisch-leninistischen Theorie erteilen allen bürgerlichen, rechts- und „links“ opportunistischen antikommunistischen Angriffen auf den realen Sozialismus, seinen Staat und seine Demokratie eine entschiedene Abfuhr. [18]

Über den theoretischen und politischen Bankrott revisionistischer Empfehlungen zur „Pluralisierung“ des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie

Im Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED stellte Erich Honecker fest: „Seit über zwei Jahrzehnten ist in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse Träger der Macht. Sie schuf unseren Staat, sie vereinigte das ganze werktätige Volk um sich. Sie verlieh der neuen Gesellschaft ihre menschlichen Züge und kämpferischen Qualitäten. Die Herrschaft der Arbeiterklasse – das ist der Punkt, auf den sich letzten Endes alle Wertschätzungen unserer Freunde und alle Feindschaft unserer Gegner in der Welt konzentrieren. Gerade deshalb werden wir die Macht der Arbeiterklasse und ihre führende Stellung wie unseren Augapfel hüten und bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft immer vollkommener ausprägen.“¹¹

In der Tat beweisen die Erfahrungen des zurückgelegten Weges, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse, gestützt auf ihre politische Macht, eine Grundbedingung der Errichtung der neuen, sozialistischen Gesellschaft ist. Diese Feststellung trifft im vollen Umfang auch für die Periode der

⁹ M. Suslow, Die KPdSU – Partei des schöpferischen Marxismus, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 8 f.

¹⁰ O. Šik, Der dritte Weg, Hamburg 1972, S. 11.

¹¹ Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: E. Honecker, a. a. O., S. 38.

entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu. Wie die marxistisch-leninistischen Parteien der Staaten, die den entwickelten Sozialismus errichteten, unter Auswertung der Erfahrungen der Entwicklung der Sowjetgesellschaft und des Sowjetstaates feststellen, ist für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die weitere Ausprägung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei und damit die weitere Ausprägung des sozialistischen Wesens und der schöpferischen Rolle des sozialistischen Staates kennzeichnend.

Die antikommunistischen Kräfte aller Schattierungen nehmen den Übergang sozialistischer Staaten zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die damit von den marxistisch-leninistischen Parteien zu lösenden theoretischen und praktisch-politischen Fragen zum Anlaß verstärkter ideologischer Angriffe besonders auf die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Dabei [19] erweist sich heute mehr denn je die Feststellung Lenins als aktuell, daß der Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten auszugeben. Die wachsende Ausstrahlung des Marxismus-Leninismus und die Wirkung des realen Sozialismus, des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie veranlaßt gerade die rechts- und „links“ opportunistischen Ideologen, ihre antisozialistischen Absichten und Aktivitäten in das Gewand der „schöpferischen Weiterentwicklung der Marxschen Lehre“ und in alle möglichen schillernden „Ratschläge“ zur „Verbesserung“ des Sozialismus zu kleiden.

Nun braucht man dafür allerdings eine theoretische Begründung, bei der es weniger auf Wahrheit als vielmehr darauf ankommt, daß sie möglichst zahlreiche Anhänger findet, daß sie geglaubt wird. Eine solche Begründung meinen die revisionistischen und sozialreformistischen Kräfte in der bürgerlichen Pluralismustheorie gefunden zu haben. Eine heutige, gewissermaßen verfeinerte Form des Antikommunismus in der Staatsfrage besteht darin, daß die alte, unveränderte bürgerliche Doktrin vom Staat als einem angeblich über den Klassen stehenden, neutralen Ordnungsfaktor mit marxistischen Begriffen verbrämt unter solchen Losungen wie „Vereinigung von Sozialismus und Demokratie“, „demokratischer Sozialismus“, „sozialistischer Pluralismus“ usw. angeboten wird. Die ideologische Ausgangsposition dieser Losungen ist die ebenfalls alles andere als neue illusionäre Idee der Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, deren Propagierung ohne die Illusion vom klassenneutralen Staat und von einer ebenso klassenneutralen Demokratie nicht denkbar ist. Die ständige Predigt von der angeblichen Klassenneutralität des Staates und der Demokratie ist die spezifische Variante der revisionistischen und sozialreformistischen Ideologie in der Staatsfrage. Gerade der Staat und die Demokratie sind nach den Behauptungen des Revisionismus und Sozialreformismus Ausdruck und Organ der Zusammenarbeit der Klassen im allgemeinen sowie der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie im besonderen.

Da sich die revisionistischen und sozialreformistischen Ideologen bei ihren variantenreichen Erklärungen über die Klassenneutralität des Staates und der Demokratie auf die bürgerlichen Theorien stützen, die sie dann für ihren spezifischen [20] Bedarf zurechtmachen, ist es zweckmäßig, sich zunächst mit den Aussagen dieser bürgerlichen Originalquellen näher zu befassen.

Was verkünden die bürgerlichen pluralistischen Staatstheorien?

Ihre Hauptthesen bestehen in folgendem:

Erstens habe die Entwicklung der „modernen Industriegesellschaft“ an die Stelle der Klassenspaltung der Gesellschaft mit dem Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit eine außerordentliche Vielfalt von gesellschaftlichen Interessen gesetzt, weshalb der Pluralismus der Interessen der adäquate Ausdruck jeder modernen industriellen Entwicklung sei.

Zweitens werde dieser Prozeß besonders dadurch charakterisiert, daß sich die kreuz und quer durch alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten mit jeweils wechselnden Standpunkten der gleichen Menschen ziehenden Interessen in „Interessengruppen“ organisieren (Unternehmerverbände, Gewerkschaften, politische Parteien, Berufsvereinigungen, Religionsgemeinschaften, wissenschaftliche und künstlerische Organisationen, Sportvereine und vieles andere mehr). Nicht mehr die Klassen und Schichten, sondern diese „organisierten Interessengruppen“ bildeten das Gerüst der Gesellschaftsstruktur in der modernen industriellen Welt.

Drittens würden die „organisierten Gruppen“ angeblich gleichberechtigt nebeneinander bestehen, hätten den gleichen „Anteil an der Macht“ und verfügten über die gleichen Chancen und Möglichkeiten, Einfluß auf die Politik zu nehmen. Das sei die wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren der „pluralistischen Demokratie“ als der politischen Organisationsform der „modernen Industriegesellschaft“.

Viertens sei ein Merkmal „jeder Industriegesellschaft“ das Auftreten von „Konflikten“, die sich aus dem Aufeinandertreffen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen ergäben. Diese Konflikte dürften jedoch nicht zu einer Konfrontation führen, die die Existenz der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung selbst in Frage stellen würde. Daher bedürfe es eines ständigen „Ausgleichs“ der Interessenunterschiede. Für diesen permanenten „Ausgleich“ oder „Kompromiß“ der „organisierten Interessen“ wären verbindliche „Regeln“ erforderlich, die von allen „Gruppen“ einzuhalten [21] seien. In der „pluralistischen Industriegesellschaft“ werde daher der Klassenkampf durch das „geregelter Zusammenwirken der organisierten Interessengruppen“ abgelöst.

Fünftens bestehe die Aufgabe des Staates darin, die „Spielregeln“ des Kampfes der Interessengruppen zu formulieren und durchzusetzen, den „Ausgleich“ zwischen allen diesen Gruppen herbeizuführen und die Wahrung des „Gemeinwohls“ zu sichern. Dem Staat komme die entscheidende Rolle beim geregelten Funktionieren der „pluralistischen Gesellschaft“ zu. Der „Konsens“, die Übereinstimmung aller Interessengruppen in den Grundfragen der Gesellschaft und des Staates, müsse neben der Anerkennung des bestehenden – kapitalistischen – Systems in der vorbehaltlosen Anerkennung des – kapitalistischen – Staates bestehen. Erst die grundsätzliche Unterwerfung unter die bestehende staatliche Ordnung ermögliche den „geregelten Ausgleich der Interessen“. Im Recht schließlich seien die für alle verbindlichen, auf dem Konsens beruhenden „Spielregeln“ formuliert, ohne deren Befolgung die „pluralistische Gesellschaft“ auseinanderbrechen würde. So erklärt E. Fraenkel, ein führender Vertreter der pluralistischen Staatstheorie in der BRD: das Funktionieren der „pluralistischen Gesellschaft“ setze voraus, daß die „generell akzeptierten, mehr oder weniger abstrakten regulativen Ideen sozialen Verhaltens respektiert und die rechtlich normierten Verfahrensvorschriften ... ausreichend beachtet werden“.¹² Diese Aufgabe habe insbesondere das Staats- und Verfassungsrecht zu erfüllen. Die Verfassung, so heißt es auch bei anderen Autoren, sei dazu da, den „Rahmen zu setzen, in dem sich die rivalisierenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte entfalten können“.¹³

Die Wirksamkeit der pluralistischen Theorien beruht zum großen Teil darauf, daß sie ein wohl dosiertes Gemisch von Halbwahrheit und Erfindungen darstellen. Daher vermögen sie auch den Anschein der Wissenschaftlichkeit zu erwecken; sogar den Anschein fortgeschrittener wissenschaftlicher Erkenntnis.

Gesetzmäßige, durch die ökonomische Basis des Kapitalismus bedingte soziale Strukturen der Gesellschaft werden wahllos mit anderen Zusammenschlüssen und Vereinen vermischt, um die Verwirrung möglichst vollständig zu machen. Kapitalisten, Arbeiter, Hausbesitzer, Mieter, Fußgänger und Auto-[22]fahrer, Fußballanhänger und -gegner werden in bunter Folge als „Interessengruppen“ nebeneinandergestellt. Auf diese Weise erscheint der Arbeiter einmal als „Arbeitnehmer“ mit „bestimmten unterschiedlichen Interessen“ gegenüber seinem „Arbeitgeber“, um gleich darauf in seiner „Eigenschaft“ als Fußballanhänger oder Autofahrer in völliger Interessenübereinstimmung mit seinem „Arbeitgeber“ Arm in Arm als Angehöriger dieser „Interessengruppe“ erneut aufzutauchen.

Der Zweck dieser willkürlichen, unwissenschaftlichen Aufzählung ist mit der ideologischen und politischen Entwaffnung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, der Verhinderung der Herausbildung ihres Klassenbewußtseins und dem Versuch ihrer ideologischen Integration in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zugleich auch die Begründung der Rolle des Staates als eines angeblich klassenneutralen gesellschaftlichen Ordnungsfaktors, die für diese ideologische Integration

¹² E. Fraenkel, Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, in: Verhandlungen des 45. Deutschen Juristentages, München/(West-)Berlin 1965, Bd. II, S. B 8.

¹³ G. Jahn, Das Grundgesetz als Pfeiler der demokratischen Entwicklung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 72/1970, S. 703.

unumgänglich ist: Die Widersprüche und das wechselnde Gegeneinander der verschiedenen Interessengruppen seien angeblich nur durch das Ausbalancieren der divergierenden Interessen auf einen mittleren Wert durch permanente Kompromisse jeweils zu dämpfen und in einem labilen Gleichgewicht zu halten. Dies sei die Aufgabe des Staates, der folglich über allen Interessen als neutraler Ordnungsfaktor schwebt.

Die pluralistische Theorie stellt den Versuch einer relativ geschlossenen, Ökonomie, Gesellschaft, Staat und Recht erfassenden Konzeption dar, die den politischen und ideologischen Bedürfnissen der imperialistischen Praxis gerecht werden soll. Ihre wichtigsten Kennzeichen sind:

- die Verabsolutierung von Entwicklungsprozessen in den Produktivkräften, die unabhängig von den bestehenden Produktionsverhältnissen zum alleinigen oder entscheidenden Kriterium der Gesellschaft ausgegeben werden;
- das Lösen der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen von ihrer objektiven Grundlage, von den herrschenden Eigentums- und Machtverhältnissen, um so die Existenz antagonistischer Klassen und Klasseninteressen sowie deren Kampf als Haupttriebkraft der Entwicklung in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft zu verschleiern;
- damit im Zusammenhang die Trennung des Staates und [23] seines Rechts von der ökonomischen und Klassenstruktur, von den grundlegenden Herrschaftsverhältnissen des Imperialismus, das Verleugern ihres Klassenwesens durch die Behauptung von der angeblich über den Klassen und Schichten stehenden, dem „Gemeinwohl“ dienenden Rolle des kapitalistischen Staates und Rechts.

Dabei setzt sich die pluralistische Theorie aus einem spezifischen Gemisch bürgerlicher Konflikttheorien sowie technokratischer und Elitetheorien, von Auffassungen über die „Klassenharmonie“ und „Sozialpartnerschaft“, von Behauptungen über eine Konvergenz gegensätzlicher Gesellschafts- und Staatsordnungen sowie von Lehren über den Staat und das Recht als klassenneutrale „Schlichter“ unterschiedlicher Interessen zusammen. Es sind gerade die Thesen über die Rolle des Staates und Rechts als Instrumente des „Ausgleichs von Interessen“, d. h. der angeblichen Versöhnung der Klassegegensätze in einer pluralistisch orientierten Gesellschaft, die von revisionistischen und sozialreformistischen Ideologen aufgenommen und in ihre Konzeptionen einbezogen werden. Dabei versuchen sie vor allem, die relativ breiten Möglichkeiten der Modifizierung dieser Theorien für die jeweiligen Verwendungszwecke zu nutzen. So wurden Varianten der pluralistischen Staatstheorien zur Verschleierung bzw. Rechtfertigung der politischen Machtverhältnisse im Imperialismus und Varianten für ideologische und praktisch-politische Angriffe auf die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung in Gestalt von „Modellen“ eines „pluralistischen Sozialismus“, „sozialistischen Parlamentarismus“ usw. entwickelt.

Bezogen auf die kapitalistische Gesellschaft und den imperialistischen Staat, muß die pluralistische Theorie in gewisser Weise das Vorhandensein unterschiedlicher Interessen und ein Einschalten des Staates in diese Interessen berücksichtigen. Sie entstand daher auch nicht zufällig mit dem Imperialismus und den damit einhergehenden wesentlichen Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, in den Funktionen des kapitalistischen Staates sowie in den Bedingungen des Klassenkampfes.

Anfang des Jahrhunderts wurde von A. F. Bentley in den USA die „Theorie der Gruppen“ entwickelt.¹⁴ Vor und während des ersten Weltkrieges waren es in England vor allem [24] E. Barker, H. Laski¹⁵ und F. Maitland, in Frankreich besonders L. Duguit, M. Hauriou und M. Leroy sowie in Deutschland O. von Gierke¹⁶, die die pluralistische Theorie in ihren Grundzügen entwickelten und ausbauten. In den Jahren vor und nach dem zweiten Weltkrieg entstand eine wahre Flut bürgerlicher Literatur zu diesem Thema, die auch gegenwärtig noch anhält.

¹⁴ A. F. Bentley, *The Process of Government*, Cambridge/Mass. 1908, Neudruck Cambridge/Mass. 1967.

¹⁵ Der englische Labour-Führer H. Laski schrieb bereits 1915, daß nach der „pluralistischen Staatstheorie“ „Gewerkschaftler wie Kapitalisten ... die Interessen ihrer kleineren und gegensätzlichen Gruppen den Forderungen jenes alles umfassenden Einen, des Staates, unterordnen sollten.“ (H. Laski, *The Sovereignty of the States*, in: *Studies in the Problem of Sovereignty*, Neudruck New York 1968).

¹⁶ O. v. Gierke, *Das Wesen der menschlichen Verbände*, Berlin 1902, Neudruck Darmstadt 1954.

Entstehung und Ausbau dieser Theorie stellen in besonders ausgeprägter Weise eine Reaktion der bürgerlichen Ideologie auf die Polarisierung der Klassen und die Verschärfung des Klassenkampfes im Imperialismus dar. Das gewaltige Anwachsen der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern sowohl hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke wie der Kraft ihrer Aktionen erhöhte nicht zuletzt die Bedeutung ihrer Organisationsformen, besonders der Gewerkschaften und Parteien. Andererseits schuf sich die imperialistische Bourgeoisie mit den Monopolverbänden eine spezifische Klassenorganisation, mit deren Hilfe sie den Kampf gegen die Arbeiterklasse führt und sich zugleich die gesamte bürgerliche Klasse unterordnet. Die Monopolverbände sind heute ein wesentlicher Bestandteil des politischen Systems des Imperialismus. Sie sind inhaltlich und organisatorisch eng mit dem imperialistischen Staatsapparat verflochten und sichern neben anderen Organisationen die Umsetzung der Interessen der imperialistischen Bourgeoisie in die Politik der Regierungen des imperialistischen Staates.¹⁷ Eine wichtige Rolle im politischen Mechanismus des Imperialismus spielen die sich zur monopolkapitalistischen Ordnung bekennenden und mit ihr auf vielfältige Weise verknüpften politischen Parteien. Folglich stehen sich hier nicht, wie es die pluralistische Theorie propagiert, Verbände, Organisationen und Parteien als Vertreter klassenindifferenter „Gruppeninteressen“, sondern in erster Linie die Organisationen des Monopolkapitals und der Arbeiterklasse als Ausdrucksformen des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Klassengesellschaft gegenüber.

Die Vertreter pluralistischer Auffassungen über Gesellschaft, Staat und Demokratie versuchen ihre Thesen vor allem mit dem Hinweis auf die Vielzahl und Vielgestaltigkeit der „Verbände“ in den Ländern des Kapitalismus zu rechtfertigen. Aber auch diese Argumentation verschleiert die reale sozial-ökonomische und politische Struktur des Imperialismus. Mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Spezialisierung wächst zwar auch die Differenziertheit der Arbeiterklasse und anderer Klassen und Schichten. Damit verschwinden aber die gesellschaftlichen Klassen und Schichten im Kapitalismus nicht, und noch weniger werden ihre Unterschiede „nivelliert“.

Die Zugehörigkeit der Menschen zu den jeweiligen Klassen und Schichten wird vor allem durch ihre Stellung zu den Produktionsmitteln bestimmt. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist dadurch gekennzeichnet, daß sich mit der rasch wachsenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals die Widersprüche zwischen der Schicht der Finanzoligarchie, die die entscheidenden Produktionsmittel beherrscht und das Eigentum an immer weiteren Produktionsmitteln an sich reißt, und allen anderen Klassen und Schichten einschließlich von Teilen der Bourgeoisie objektiv vertiefen. Infolgedessen wird die sozialökonomische Struktur des Kapitalismus heute weniger denn je durch einen die Klassen und Schichten angeblich überwindenden „Pluralismus organisierter Interessengruppen“ charakterisiert. Bei aller Differenziertheit der Klassenstruktur der heutigen kapitalistischen Gesellschaft hat sich an der Existenz und Polarisierung ihrer Hauptklassen nicht nur nichts geändert, sondern die antagonistischen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, Monopolen und Volksmassen prägen das gesellschaftliche und politische Leben in den kapitalistischen Ländern stärker als je zuvor. Die imperialistische Staatspraxis widerlegt die Theorie der „pluralistischen Demokratie“, die einen unmittelbaren Bestandteil der pluralistischen Gesellschafts- und Staatstheorie bildet. Von den Vertretern dieser Theorie wird erklärt, daß die angebliche Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Monopolorganisationen und der Gewerkschaften sowie der anderen „Verbände“ zu einem „demokratischen Ausgleich der Interessen“, das heißt zur Versöhnung und schließlichen Überwindung der Klassengegensätze führe. In Anlehnung an bürgerliche ökonomische Theorien der „freien Marktwirtschaft“ wird behauptet, daß auch im politischen Raum ein „freies Spiel der Kräfte“ stattfindet, dessen Regeln ähnlich dem ökonomischen Mechanismus von Angebot und Nachfrage funktionieren würden. Auch auf dem „politischen Markt“ finde nach den Prinzipien von Angebot und Nachfrage ein Konkurrenzkampf der Parteien, Verbände und Organisationen statt, in dem sich derjenige durchsetze, der seine „Produkte“ entsprechend der „Marktlage“ am besten verkaufe.

Die Vertreter dieser Theorie „übersehen“ allerdings das Wesentliche. Selbst die demokratischste bürgerliche Republik ist wie jede andere Staatsform des Kapitalismus stets Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Nicht ein angeblich „freies Spiel

¹⁷ Vgl. C. Schirmeister, Verbände des Finanzkapitals, IPW-Forschungshefte, Berlin, Heft 4/1972.

der Kräfte“ zwischen Kapital und Arbeit, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften, zwischen den bürgerlichen Parteien und der revolutionären Partei der Arbeiterklasse bestimmt die politischen Verhältnisse selbst der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, sondern der Klassenkampf, den die Bourgeoisie, gestützt auf ihre Klassendiktatur vor allem in Gestalt des Staates, aber auch mit Hilfe ihrer Klassenorganisationen wie der Monopolverbände und der bürgerlichen Parteien, gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen führt. Der bürgerlichen Klassenherrschaft setzt die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern die Kraft ihrer revolutionären Organisation, ihre Kampfbereitschaft und Solidarität entgegen. Wenn die Bourgeoisie in diesem Kampf zu sozialen und politischen Zugeständnissen gezwungen wird, ist das weder der Ausdruck einen „Ausgleichs“ oder „Ausbalancierens“ der Klassengegensätze noch gar des Verschwindens der Diktatur der Bourgeoisie. Die der Bourgeoisie abgerungenen Zugeständnisse (z. B. die Rechte zur Betätigung der Organisationen der Werktätigen) können günstigere Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse schaffen; das Wesen der bürgerlichen Klassenherrschaft wird damit nicht verändert.

Die Theorie der „pluralistischen Demokratie“ ist nicht zuletzt berechnet auf kleinbürgerliche Illusionen, die bürgerliche Republik sei eine „reine Demokratie“ und deren Staat verkörpere das „Gemeinwohl“. Aber so, wie der Kapitalismus der freien Konkurrenz, dem die bürgerlich-parlamentarische Demokratie als Form der Diktatur der Bourgeoisie entspricht, längst in den Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus hinübergewachsen ist, wird auch, wie die Entwicklung in den imperialistischen Ländern beweist, „der politische Überbau über [27] der neuen Ökonomik“ durch „die Wendung von Demokratie zur politischen Reaktion“¹⁸ bestimmt.

Angesichts der imperialistischen Wirklichkeit, in der die Proklamationen und Einrichtungen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ständig eingeschränkt und untergraben werden, erweist sich diese Theorie erst recht als ein Trugbild, das die reale politische und ökonomische Herrschaft der Monopole und ihrer Verbände, das die Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus verschleiern soll. Gleichzeitig dient sie den herrschenden imperialistischen Kreisen jedoch in bestimmter Weise auch als Leitfaden für das Funktionieren des politischen Mechanismus zur Durchsetzung der Monopolinteressen. So wird zum Beispiel das Wechselspiel von Regierung und parlamentarischer Opposition, das als eine Form des Konkurrenzkampfes verschiedener Fraktionen oder Gruppierungen der Monopolbourgeoisie um die Regierungsgewalt einen Bestandteil des politischen Mechanismus kapitalistischer Staaten bildet, als ein Ausdruck der „Machtverteilung“ sowie der angeblichen Chancengleichheit aller politisch wirksamen Kräfte in der „pluralistischen Demokratie“ hingestellt. Als Zeichen der „Machtverteilung“ in der „pluralistischen Demokratie“ wird auch die Arbeitsteilung zwischen den Organen der Exekutive, der Legislative und der Rechtsprechung oder die föderalistische Gliederung des Staatsaufbaus in einem Bundesstaat ausgegeben.

Zugleich erhalten in den kapitalistischen Ländern unter dem Deckmantel des „Pluralismus“ der Parteien nicht selten extrem reaktionäre, faschistische oder neofaschistische Kräfte die legale Handhabe zur Entfaltung ihrer antidemokratischen Aktivitäten. Andererseits zeigt es sich, daß die Monopolbourgeoisie darin alle pluralistischen Schleier von ihrer Diktatur fallenläßt und zur offenen, terroristischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei sowie aller demokratischen Kräfte und Organisationen übergeht, wenn sie ihre politische und ökonomische Herrschaft als besonders gefährdet ansieht.

Mit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus verstärken sich die Bestrebungen zur Modifizierung der pluralistischen Staats- und Demokratietheorien. Der Imperialismus versucht, seine Positionen durch den Ausbau der staatsmonopolistischen Herrschaft, besonders durch die weitere ökonomische und politische Machtkonzentration, die stärkere staats-[28]monopolistische Kontrolle der Ökonomie und aller gesellschaftlichen Bereiche sowie die staatsmonopolistische Reglementierung der grundlegenden Klassenbeziehungen zu festigen. Für den Imperialismus wächst damit insgesamt die Rolle des Staates als Hauptinstrument der Sicherung seiner Herrschaft über die Volksmassen. Diese Prozesse in der imperialistischen Staatsentwicklung finden in den Pluralismus-Theorien

¹⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

u. a. in der Hervorhebung der angeblich nicht nur „konfliktregulierenden“, sondern auch „konfliktverhindernden“ Rolle des Staates ihren Ausdruck. Der Staat, so heißt es, habe nicht allein die Aufgabe, „die Durchsetzung von Regeln für das Austragen der gesellschaftlichen Konflikte“ zu sichern, sondern „den Ausbruch des Konflikts überhaupt zu verhindern“.¹⁹ Die von den Vertretern pluralistischer Staatslehren lange Zeit propagierte These, daß der Staat im angeblichen „Gemeinwohlinteresse“ erst dann in die „Gruppenkonflikte“ eingzugreifen habe, wenn sie nicht „aus eigener Kraft“ der „Interessengruppen“ geschlichtet würden, tritt damit in den Hintergrund. Statt dessen wird betont, daß der Staat den „Gruppen“ „allgemein verbindliche Ziele“ vorzugeben und sie durch „Orientierungshilfen“ bzw. „Leitlinien“ auf „das Gemeinwohl hinzuführen“ habe. Mit dieser Argumentation versuchen z. B. herrschende Kräfte der BRD, u. a. die Institution der „konzertierten Aktion“ zu rechtfertigen. Nach den offiziellen Erklärungen soll in der „konzertierten Aktion“ das „partnerschaftliche Zusammenwirken“ von Staat, Monopolverbänden und Gewerkschaften verwirklicht werden. Tatsächlich wird mit dieser staatsmonopolistischen Einrichtung aber hauptsächlich das Ziel verfolgt, unter der Flagge staatlicher „Orientierungshilfen“ die Gewerkschaften an die Politik des imperialistischen Staates zu binden; denn die „Orientierungshilfe“ des Staates ist in jedem Falle die Erhaltung der ökonomischen und politischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, der Ausbeutung der werktätigen Massen und ihrer politischen Unterdrückung und Entmündigung durch das Monopolkapital.

Der Staat könne – so wird behauptet – die „Konflikte“ jedoch nur regulieren bzw. sie von vornherein verhindern, wenn er als ein „starker Staat“ mit den entsprechenden Ermächtigungen ausgerüstet sei. In einer „pluralistischen Gesellschaft“ sei [29] nur ein „starker Staat“ in der Lage, die Interessen des „Gemeinwohls“ gegenüber den „Gruppeninteressen“ durchzusetzen. In ihrer praktisch-politischen Wirkung zielt diese Argumentation, die sich auch sozialreformistische Ideologen zu eigen machen²⁰, auf die Rechtfertigung der weiteren Perfektionierung der politisch-staatlichen Machtmittel imperialistischer Herrschaft hin. So erweisen sich die pluralistischen Theorien als ideologisches Instrument der Verschleierung, Rechtfertigung und Stabilisierung der politischen Machtverhältnisse des Imperialismus.

Ungeachtet dessen werden sie, besonders seit der Mitte der sechziger Jahre bis zum heutigen Tag, auffrisiert zu Modellen des „politischen Pluralismus“, mit unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Varianten den sozialistischen Staaten in Europa als „Empfehlung“ zur „Verbesserung“ ihrer politisch-staatlichen Ordnung angeboten! Um diese Empfehlung einigermaßen schmackhaft zu machen, wird sogar das „Zugeständnis“ gemacht, daß die Diktatur des Proletariats sicherlich für eine gewisse Zeit notwendig war, aber nun, nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, doch die Führungsposition der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht mehr notwendig sei und man zur „eigentlichen“, „normalen Demokratie“ zurückkehren könne. So sollen die Beseitigung des sozialistischen Charakters der Staatsmacht als Hauptinstrument der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als etwas Selbstverständliches, sogar als historische Notwendigkeit, und die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie als etwas völlig Normales erscheinen.

Warum, so könnte man fragen, wird dieser Aufwand eigentlich betrieben? Die imperialistischen Kräfte, in ihrem Herrschaftsbereich trotz aller pluralistischen Phrasen zu keinerlei freiwilligen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse bereit, sondern im Gegenteil unter den Ablenkungsmanövern des revisionistischen und sozialreformistischen Geredes über Pluralismus und Demokratie mit dem Ausbau und der engeren Verflechtung ihrer ökonomischen und politisch-staatlichen Machtpositionen beschäftigt, halten den „Pluralismus“ für eine besonders geeignete Variante des ideologischen und politischen Eindringens in die sozialistischen Länder und der Vorbereitung konterrevolutionärer Umsturzversuche.

[30] Die Rolle des Revisionismus als ideologischer Vorreiter dieser Absichten führt dessen Anhänger in diesem Zusammenhang zu höchst eigenartigen Konstruktionen. So versteigt sich O. Šik zu der Behauptung, daß es eine „Ablehnung der Grundprinzipien des Kommunismus“, zu denen er ausdrücklich

¹⁹ R. Altmann, Späte Nachricht vom Staat, Stuttgart 1968, S. 12.

²⁰ H. Ehmke, Politik der praktischen Vernunft, Frankfurt (Main) 1969, S. 206.

die Diktatur des Proletariats, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zählt, „aus fortschrittlichen sozialistischen Positionen“ geben müsse.²¹ Was dieser „fortschrittliche Antikommunist“ unter dem „pluralistischen Sozialismus“ versteht, der den wissenschaftlichen Sozialismus zu ersetzen habe, verheimlicht er keineswegs. Wie R. Garaudy, E. Fischer und andere seinesgleichen ist er bereit, alles als Sozialismus auszugeben, wenn es nur nichts gemein hat mit dem realen Sozialismus und der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, besonders der marxistisch-leninistischen Revolutions- und Staatstheorie, mit der Lehre von der Diktatur des Proletariats. In jenem revisionistischen „Sozialismus-Modell“ dürften vor allem die Ideen von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfpartei sowie von der Diktatur des Proletariats keinen Platz haben.²² Nur ein solcher „pluralistischer Sozialismus“ sei als „demokratisch“ und „human“ zu bezeichnen.

Die Ablehnung der historischen Führungsrolle der Arbeiterklasse beim revolutionären Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus, die die Arbeiterklasse nur mit Hilfe ihrer politischen Macht, mit Hilfe des sozialistischen Staates verwirklichen kann, verbindet den Revisionismus auch mit der Ideologie des Sozialreformismus. Šik preist das „Modell des demokratischen Sozialismus“ in der illusionären konterrevolutionären Hoffnung an, daß es mit seinen verkleideten bürgerlichen Losungen vom „sozialistischen Pluralismus“ und „sozialistischen Parlamentarismus“ „einmal das heutige kommunistische System ersetzen könnte“.²³

Bei Lichte besehen, erweist sich die Losung vom „demokratischen Sozialismus“, deren Verfechter sich bekanntlich „ohne Wenn und Aber“ zum bestehenden bürgerlich-imperialistischen Staat, zur Existenz, und zur Förderung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und zu den anderen Grundlagen des [31] kapitalistischen Systems bekennen, als ein ideologisches Instrument, das den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern eine „Transformation“ des Kapitalismus in eine „neue Gesellschaft“ vorgaukeln und sie so mit den bestehenden Verhältnissen versöhnen soll. Zugleich soll sie dem Eindringen bürgerlicher Ideologie in die sozialistischen Länder mit dem politischen Ziel der Restauration kapitalistischer Verhältnisse den Boden bereiten.

Um dieser Losung einige Attraktivität zu verleihen, wird sie mit unbestimmten Versprechungen über „mehr Demokratie“ und „Teilhabe des mündigen Bürgers“ ausgestattet. Diesen Versprechungen wirkt jedoch die Realität der bürgerlichen Demokratie entgegen, die stets die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie verkörpert und in ihrem Wesen, ihrem Mechanismus und ihren Methoden auf die Fernhaltung der Massen von der Leitung des Staates angelegt ist. Unter den Bedingungen des Imperialismus wird aber selbst die bürgerliche Demokratie mehr und mehr ausgehöhlt. Um so weniger können die sozialreformistischen und revisionistischen Ideologen darauf hoffen, daß sich die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern auf die Dauer mit Formeln abspeisen lassen, die sich letztlich als leere Hüllen zur Verteidigung und Verschleierung imperialistischer Herrschaft erweisen.

Zur Untermauerung ihrer Thesen behaupten die revisionistischen und sozialreformistischen Ideologen, daß der Begriff der Demokratie „allgemeine, wesentliche Prinzipien“ enthalte, „die über die jeweils spezifische Klassengesellschaft hinausgehen und auch im Sozialismus gelten müssen“.²⁴ Als solche angeblich über den Klassen stehenden „Prinzipien“ einer „reinen Demokratie“ werden, wie kann es anders sein, das sogenannte Wechselspiel von Regierung und Opposition, die Existenz von „Oppositions“parteien und der Wahlmechanismus für die bürgerlichen Parlamente aufgezählt. Diese angeblich klassenneutralen, „ewigen“ Grundsätze der „Demokratie“ sollten erst im „Sozialismus“ revisionistischer Prägung ihre volle Verwirklichung finden. So erklärt R. Garaudy, die „sozialistische Demokratie ist der bürgerlichen, formellen Demokratie nicht entgegengesetzt; sie ist eine Demokratie auf neuem, höherem Niveau“.²⁵ Das angeblich „höhere Niveau“ solle darin bestehen, daß die sozialistische Demokratie die Erweiterung und Vollendung des [32] „Pluralismus“ und „Parlamentarismus“ der

²¹ O. Šik, Der dritte Weg, a. a. O., S. 16.

²² Ebenda, S. 397.

²³ Ebenda, S. 12.

²⁴ Ebenda, S. 382.

²⁵ R. Garaudy, Le grand tournant du socialisme, Paris 1969, S. 270; dgl. O. Šik, Der dritte Weg, a. a. O., S. 382.

bürgerlichen Demokratie sei. Dabei wird vor allem gefordert, daß im Sozialismus politische Parteien mit Programmen tätig sein sollten, die sich prinzipiell vom Marxismus-Leninismus unterscheiden, ihm oppositionell gegenüberstehen und mit der marxistisch-leninistischen Partei einen „Wettbewerb um die Macht“ führen.

Die praktisch-politische Stoßrichtung dieser Konzeption besteht darin, die Partei der Arbeiterklasse von der Macht und von der Leitung des Staates und den Staat von der Leitung der Gesellschaft, der Wirtschaft und Kultur zu trennen. Die verschiedenen politischen Gruppierungen, deren „demokratischen Wettstreit“ der Pluralismus vorgaukelt, erweisen sich in der antisozialistischen Aktion keineswegs als harmlose Kräfte, sondern als organisierte Konterrevolution, die ihren Hauptstoß gegen den sozialistischen Charakter der Staatsmacht richtet. Gerade diese Lehre vermittelt das Vorgehen der Konterrevolution im Jahre 1968 in der ČSSR, wo die antisozialistischen Kräfte unter den Losungen eines „pluralistischen Sozialismus“ und „sozialistischen Parlamentarismus“ die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei der Leitung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates zu beseitigen trachteten und damit der Restauration kapitalistischer Verhältnisse das Tor geöffnet hätten.²⁶

Es ist angesichts der nicht aufgegebenen Versuche des Antikommunismus, in dieser oder jener Variante in die sozialistischen Staaten bürgerliche Ideologie mit dem politischen Ziel der Schwächung des Sozialismus und der Wiedergewinnung kapitalistischer Machtpositionen hineinzutragen, nicht überflüssig, sich die Stufen dieses Vorgehens zu vergegenwärtigen.

In der Zeitschrift „Literarni listy“ ließ die Konterrevolution am 25. April 1968 durch I. Klima einen „Dreistufenplan“ zur Beseitigung der sozialistischen Staatsmacht in der ČSSR veröffentlichen. Die revisionistischen, antisozialistischen Kräfte legten hier dar, „wie der Prozeß des allmählichen Übergangs zur (bürgerlich-kapitalistischen – d. Verf.) Demokratie wenigstens in seiner allernächsten Phase aussehen soll“. An der Spitze stand das Bestreben, die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei in der ČSSR auszuschalten. Nach dem Modell des „politischen Pluralismus“ wurde daher als erste Etappe der Verwirklichung des konterrevolutionären „Dreistufenplanes“ [33] die Etablierung von „Oppositionsparteien“ gefordert. Dabei war man sogar bereit, zunächst der marxistisch-leninistischen Partei noch eine Existenzberechtigung zu gewähren, allerdings unter Bedingungen, in denen „nicht ihre führende Stellung das Kriterium ist“. In dieser „Phase, in der das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren ist“, müsse die marxistisch-leninistische Partei noch geduldet werden, denn – und hier läßt die Konterrevolution völlig ihre pluralistische Tarnung fallen – „in einem Vierteljahrhundert hat sie so tiefe Wurzeln im Lande geschlagen, daß man sie nicht einfach ausreißen, zertreten oder anderswohin verpflanzen kann“!

Wäre die marxistisch-leninistische Partei als führende Kraft der politischen Macht der Arbeiterklasse ausgeschaltet, sollte die zweite Etappe dieses Programms zur Beseitigung des Sozialismus in der ČSSR in Angriff genommen werden. Sie zielte auf die Umwandlung des politischen Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und anderen werktätigen Schichten in ein pluralistisch verbrämtes Parteiensystem bürgerlicher Prägung. Hauptträger dieser „Übergangsphase“ von der sozialistischen Staatsmacht, in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Klassen und Schichten die Macht ausübt, zu einer restaurierten bürgerlichen Republik, in der die Bourgeoisie wieder die Macht ausgeübt hätte, sollte die Nationale Front sein. Die antisozialistischen Kräfte ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß damit „natürlich nicht die heutige Nationale Front“ gemeint sei, „sondern eine Nationale Front, die in ihrem politischen Teil um alle jene wirklich repräsentativen Gruppen erweitert wird, die sich während der letzten Jahre in unserem öffentlichen Leben gebildet haben und noch bilden werden“. Das heißt: Eine „Nationale Front“ unter Führung der organisierten Konterrevolution sollte den Vorreiter zur vollen Wiederherstellung bürgerlich-kapitalistischer Machtverhältnisse spielen.

²⁶ Vgl. G. Husak, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1972, und [L. Hrzal, Die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus und Antikommunismus während der krisenhaften Entwicklung in der ČSSR 1968/69, Reihe Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. v. Buhr, Berlin 1973.](#)

Schließlich sollten, nachdem die marxistisch-leninistischen Kräfte zurückgedrängt oder ausgeschaltet worden wären und bürgerliche und sozialreformistische Parteien Fuß gefaßt hätten, nach dem Muster der bürgerlichen Demokratie und hinter dem ideologischen Schleier des Pluralismus in der dritten Etappe dieses Planes „freie Wahlen“ inszeniert werden, denen die Rolle zugeordnet war, die Restauration der bürgerlichen Republik zu legitimieren.

[34] Bekanntlich wurde der organisierten Konterrevolution in der ČSSR eine eindeutige politische und ideologische Niederlage zugefügt. Den antikommunistischen Kräften innerhalb und außerhalb der ČSSR wurde deutlich gemacht, daß ihre Versuche, den Sozialismus auch nur in einem sozialistischen Land zurückzudrängen, nicht zuletzt auf Grund der Solidarität und brüderlichen Hilfe der um die Sowjetunion vereinten sozialistische Staatengemeinschaft zum Scheitern verurteilt sind.

Jedoch haben die Gegner des Sozialismus ihre konterrevolutionären Ziele und Pläne keineswegs aufgegeben. In ihrer antisozialistischen Strategie kommt dem ideologischen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und den realen Sozialismus mittels pluralistischer Konzeptionen ein hoher Stellenwert zu.

Um ihre konterrevolutionären „Empfehlungen“ zur ideologischen und politischen Unterwanderung des Sozialismus anzubringen, verwischen die revisionistischen und sozialreformistischen Ideologen besonders das entgegengesetzte und miteinander nicht zu vereinbarende Klassenwesen des bürgerlichen und des sozialistischen Staates, der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie.

Die marxistisch-leninistische Staatstheorie stellt hinsichtlich der Demokratie stets die Frage: Demokratie für wen, Demokratie für welche Klasse? Das Wichtigste für das Herangehen an die Frage der Demokratie ist die Erkenntnis, daß eine bestimmte Klasse im System der gesellschaftlichen und politischen Beziehungen die Herrschaft ausübt. Insofern ist die Demokratie stets eine Frage der politischen Macht, deren Inhalt sich aus dem Klassencharakter dieser Macht ergibt. Es kommt darauf an, von den realen politischen und ökonomischen Verhältnissen, von den Klassenverhältnissen der Gesellschaft auszugehen, um das Klassenwesen der Demokratie aufzudecken. Eine Demokratie „an sich“, losgelöst und außerhalb der Klassen und des Klassenkampfes, eine „reine“ Demokratie gab es nicht und kann es in der antagonistischen Klassengesellschaft nicht geben. Ebenso wenig gab es oder gibt es eine Diktatur schlechthin. Wie der Staat, so trägt auch die Demokratie stets Klassencharakter. Die entscheidende Frage ist und bleibt die, die W. I. Lenin bereits in der Polemik gegen Karl Kautsky hervorhob, „daß man nicht von ‚reiner Demo-[35]kratie‘ sprechen kann, solange es verschiedene *Klassen* gibt, daß man da nur Klassendemokratie sprechen kann“.²⁷ Durch diese Fragestellung unterscheidet sich das marxistisch-leninistische Herangehen an die Frage der Demokratie prinzipiell von den bürgerlichen Auffassungen aller Schattierungen. Es ist besonders die Erkenntnis vom Klassenwesen der Demokratie, gegen die die revisionistischen und sozialreformistischen Ideologen Sturm laufen; und es kann uns nicht im geringsten verwundern, daß sie dabei nach wie vor besonders die Leninsche Theorie vom Klassenwesen der bürgerlichen Demokratie und vom Klassenwesen der sozialistischen Demokratie sowie von der prinzipiellen Unvereinbarkeit der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie angreifen. Die Revisionisten erklären, daß Lenin die „negativen Seiten der bürgerlichen Demokratie unwissenschaftlich aufgebauscht“ habe, indem er in der bürgerlichen Demokratie „vor allem das klassenmäßig benutzte Instrument sah“ und die „bürgerliche Demokratie einfach als ‚Diktatur der Bourgeoisie‘ bezeichnete“.²⁸ Wie man sieht, halten sich die revisionistischen Ideologen keineswegs bei Randfragen auf. Sie richten ihre Angriffe auf die Grunderkenntnisse und Hauptbestandteile der marxistisch-leninistischen Theorie, dabei besonders auf die Erkenntnis vom Klassenwesen des Staates und der Demokratie, des *bürgerlichen* Staates und der *bürgerlichen* Demokratie, des *sozialistischen* Staates und der *sozialistischen* Demokratie.

Die marxistisch-leninistische Erkenntnis, „die bürgerliche Demokratie sei eine Diktatur der Bourgeoisie“, soll als „unwissenschaftlich“ diffamiert werden, wobei behauptet wird, daß die marxistisch-

²⁷ W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 240.

²⁸ O. Šik, a. a. O., S. 382.

leninistische Theorie „wesentliche Änderungsprozesse dieser Demokratie“ ignoriere und „die *Änderung des Wesens* dieser Demokratie“ verneine.²⁹

Allerdings bleiben auch die revisionistischen Ideologen wie alle anderen Vertreter bürgerlicher Ideologie den Beweis für ihre Behauptung schuldig, daß das Klassenwesen der bürgerlichen Demokratie verschwunden und die Klassendemokratie durch eine „allgemeine Demokratie“ abgelöst worden sei. Statt dessen werfen sie der marxistisch-leninistischen Wissenschaft vor, die „wissenschaftliche Analyse der tatsächlichen Veränderungen“³⁰ zu vernachlässigen bzw. sie zu unterlassen. In verleumderischer Weise wird erklärt, daß der Marxismus-[36]Leninismus auf Grund „vorgefaßter“ Ansichten die Veränderungen in der sozialökonomischen und politischen Struktur der „westlichen Industriegesellschaften“ unterschlage bzw. diese nur insoweit zur Kenntnis nehme, als sie in seine Theorie paßten.

In Wirklichkeit messen die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der Analyse und theoretischen Verallgemeinerung der Prozesse auf den Gebieten der Ökonomie, der Sozialstruktur, der Politik sowie des Staates im Imperialismus große Bedeutung zu, was in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen sowjetischer Philosophen, Ökonomen, Juristen und anderer Gesellschaftswissenschaftler sowie in vielen Arbeiten der marxistisch-leninistischen Wissenschaftler in den anderen sozialistischen Ländern und auch in den kapitalistischen Ländern zum Ausdruck kommt. Dabei wird immer wieder bestätigt, daß allein auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie und Methode, die in der Einheit des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Kommunismus die Totalität der Welt und die sie determinierenden Faktoren erfaßt, wissenschaftlich begründete Analysen und Verallgemeinerungen der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse auch im Imperialismus gegeben werden können.

Die Analyse des Imperialismus in seiner staatsmonopolistischen Phase haben die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften zu wesentlichen Erkenntnissen beispielsweise über das Verhältnis von Monopolen und Staat, über die Rolle des Staates in der kapitalistischen Ökonomie und über die Entwicklung des Widerspruchs zwischen Monopolherrschaft und Demokratie geführt. Alle diese und andere Untersuchungen und Verallgemeinerungen stellen jedoch die uneingeschränkte Richtigkeit, volle Gültigkeit und Aktualität gerade der Leninschen Imperialismustheorie unter Beweis, die „den Schlüssel zum Verständnis auch jener konkreten Besonderheiten (liefert), die den Imperialismus in seiner gegenwärtigen Entwicklungsstufe kennzeichnen“.³¹

Geschichte und Gegenwart beweisen: Die bürgerliche Demokratie, die auf den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der politischen Macht der Bourgeoisie beruht, ist ihrem Klasseninhalt nach die Diktatur der Bourgeoisie über die Ar-[37]beiterklasse und alle ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes. Die Parlamentswahlen in den bürgerlichen Staaten, das sogenannte Wechselspiel von Regierung und Opposition, die in den Verfassungen proklamierte Rechtsgleichheit aller Bürger sowie andere äußere Merkmale und formelle Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie werden von den Ideologen der Bourgeoisie als Ausdruck der „wahren“ Demokratie, der Demokratie schlechthin gepriesen. Besonders knüpfen die revisionistischen Auffassungen an diese formalen Seiten der bürgerlichen Demokratie an, die sie als angebliche „Garantien“ gegen „jede Diktatur“ ausgeben. Sie „vergessen dabei nur, daß sich diese Einrichtungen und Proklamationen in der Praxis im wesentlichen als Aushängeschild erweisen, hinter dem die tatsächliche ökonomische und politische Ungleichheit verborgen ist. Und sie „übersehen“, daß auch diese bürgerliche Demokratie, die nach den Worten von Lenin sogar in ihrer „demokratischsten“ Gestalt „durch die ganzen Verhältnisse der Lohnsklaverei, der Not und des Elends der Massen eingeeengt, eingeschnürt, gestutzt, verstümmelt“³² ist, unter der Herrschaft der Monopole mehr und mehr offen verletzt und abgebaut wird.

Die sozialistische Demokratie hingegen beruht auf der Überwindung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und der Beseitigung ihrer ökonomischen Macht. Sie beruht auf der politischen Macht

²⁹ Ebenda, S. 383.

³⁰ Ebenda.

³¹ L. I. Breschnew, in: Internationale Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 176.

³² W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 502.

der Arbeiterklasse und dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats, ist die erste, entscheidende, schöpferische Aktion der sozialistischen Demokratie; denn sie ist das Produkt des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Massen gegen die Diktatur der kapitalistischen Ausbeuterklasse, dasjenige Ergebnis dieses Kampfes, das ihren politischen Sieg über diese Diktatur zum Ausdruck bringt.

Die Antwort auf die Verleumdungen über den angeblich der Demokratie widersprechenden „diktatorischen Charakter“ der sozialistischen Staatsmacht wird gerade dadurch gegeben, daß dem sozialistischen Staat von Anfang an als einem Staat der Diktatur des Proletariats die breite Entfaltung der Demokratie für die Massen des werktätigen Volkes wesenseigen ist. [38] Von Beginn an auf die Aktivierung, Überzeugung und praktische Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung von Staat und Gesellschaft gerichtet, entwickelt sich der demokratische Charakter des sozialistischen Staates ständig weiter. Der sozialistische Staat ist „*millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie“³³, er verkörpert einen qualitativ völlig neuen, den geschichtlich höchsten Typ der Demokratie, „*der zum erstmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk“ ist.³⁴

Der Sozialismus stellt die von den Volksmassen selbst und in ihrem eigenen Interesse *bewußt* gestaltete Gesellschaftsordnung dar, die es nicht dem Zufall überläßt, ob es den Arbeitern gut oder schlecht geht. Hier ist nämlich der Punkt, an dem die bürgerliche Demokratiepropaganda nicht weiter weiß und an dem sich herausstellt, daß die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der Gesellschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln die Kernfrage ist, die auch über die Demokratie, ihren Inhalt und ihren Charakter entscheidet.

Die sozialistische Demokratie, der sozialistische Staat mit seinen vielfältigen Formen der Verbindung der gesellschaftlichen Aktivität der Werktätigen, ihrer Einbeziehung in die Leitung des Staates bieten und bilden das sich ständig entwickelnde Instrumentarium, mit dem die Übereinstimmung der Grundinteressen der werktätigen Klassen und Schichten auf der Basis der Interessen der Arbeiterklasse nicht nur in allen wichtigen praktischen Fragen hergestellt, sondern als zunehmend bewußtes, zielstrebig auf den Aufbau des Sozialismus gerichtetes Handeln praktisch verwirklicht wird. Unabdingbare Voraussetzung all dessen ist die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei und ihr festes Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten, ist die ständige Festigung und der Ausbau dieser Führungsrolle im Staat, in der Wirtschaft und in der Kultur, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Heute stellt die *praktische* Entwicklung der sozialistischen Demokratie in *allen* ihren Formen bereits das entscheidende Argument gegen alle bürgerlichen, revisionistischen und sozialreformistischen „Empfehlungen“ dar. Die *Praxis* der sozialistischen Demokratie in ihrer ganzen Vielfalt, vor allem der Ein-[39]fluß der Arbeiterklasse auf die Produktion in den Betrieben, auf die Planung und Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen im kleinen wie im großen, die praktische Arbeit der Volksvertretungen widerlegen alle diese dem Sozialismus wesensfremden und feindlichen „Ratschläge“.

Aus alldem ergibt sich: Der Sozialismus und Kommunismus bedarf des Pluralismus und seiner „Ratschläge“ nicht. Die sozialistische Demokratie hat *ihre* Prinzipien und *ihre* Traditionen. Für uns sind jene Rezepte der Vervollkommnung der Demokratie unannehmbar, die die bürgerlichen Ideologen und Revisionisten aufdringlich anbieten.“³⁵

³³ W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 247.

³⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 475.

³⁵ P. Demitschew, Die Ausarbeitung aktueller Probleme des Aufbaus des Kommunismus in den Beschlüssen des XXIV. Parteitages der KPdSU, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 46.

„Technokratische“ Varianten des Antikommunismus in der Staats- und Demokratiefrage

Eine andere, teilweise und verschiedentlich mit Elementen des Pluralismus verflochtene Richtung, aus der der Imperialismus seine Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Erkenntnis vom Klassencharakter des Staates im allgemeinen, vor allem aber gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse im sozialistischen Staat vorträgt, stellen die verschiedenen Spielarten der technokratischen Auffassungen über Herrschaft, Staat und Demokratie dar. Wie alle bürgerlichen Staatslehren sind auch sie darauf angelegt, das Klassenwesen des Staates und der Demokratie zu leugnen und zu verschleiern sowie die bestehenden imperialistischen Machtverhältnisse zu rechtfertigen. Sie stellen einen erneuten Versuch dar, die Klassenneutralität des Staates zu beweisen und kleinbürgerlichen Illusionen in der Staats- und Machtfrage Vorschub zu leisten. Indem sich die technokratischen Lehren in ihren modernen Formen den Anschein der Objektivität und Rationalität sowie der Verankerung in den objektiven Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte und daraus resultierender Anforderungen an die Leitung der Gesellschaft geben, nehmen sie einen besonderen Platz im ideologischen Klassenkampf der Gegenwart ein. „Weggelassen“ aus der Betrachtung werden „lediglich“ die *Produktionsverhältnisse*, die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, aus denen sich das soziale Ziel der staatlichen Tätigkeit, der Klassencharakter und die klassen-[40]bedingten Ziele aller wie immer gearteten „Verwaltungserfordernisse“ und -funktionen ergeben.

Die Rolle dieser Lehren im ideologischen Kampf der Gegenwart wird vor allem durch die sich der technokratischen Argumente bedienende Stoßrichtung gegen die historische Mission der Arbeiterklasse bei der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus, gegen die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus, sowie gegen den bestehenden Sozialismus, besonders gegen den sozialistischen Staat und die sozialistische Demokratie, bestimmt. Sie sind kennzeichnend für das Bestreben der bürgerlichen Ideologie, unter Anknüpfung an bestimmte Seiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in einem Gemisch von Halbwahrheiten, Entstellungen und bewußten Irreführungen für die angebliche Zukunftsträchtigkeit des kapitalistischen Systems, für seine Überlegenheit über den Sozialismus, besonders jedoch für die Überflüssigkeit der revolutionären Umwälzung der imperialistischen Machtverhältnisse wirksamere Argumente zu finden.

In dieser Funktion nehmen die technokratischen Staatslehren Elemente anderer imperialistischer Theorien wie der Theorien über die Industriegesellschaft, die Evolution und Transformation der Gesellschaft, die Konvergenz der gesellschaftlichen und politischen Systeme, der Theorien von der Entideologisierung und Entpolitisierung sowie der Elitetheorien in sich auf. Andererseits beziehen besonders die rechts- und „links“ opportunistischen Ideologen technokratische Argumentationen in ihre antikommunistischen Angriffe auf die Theorie und Praxis des Sozialismus ein. Es erscheint angebracht, auch hier zunächst den Blick auf die Grundlinien der technokratischen Auffassungen über den Staat und die Demokratie zu richten.

Erstens wird behauptet, daß alle „hochindustrialisierten Gesellschaften“ allmählich in „technisch organisierte“, „technokratische“ oder „technotronische Gesellschaften“ hineinwachsen. Kennzeichnend für diesen Vorgang sei es, daß die auf den Eigentums- und Klassenverhältnissen beruhenden ökonomisch-politischen Herrschaftsverhältnisse ihre Bedeutung verlieren und schließlich von selbst verschwinden würden. Sie würden abgelöst durch die „Herrschaft des techni-[41]schen Sachzwangs“, durch die „rein sachlich“ begründeten Erfordernisse und Auswirkungen der Technik und immer mehr auch der Wissenschaft, die anstelle der sozialökonomischen und politischen Bedingungen im „Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ die Gesellschaft und den Staat bestimmten. Die den „sachlichen“ Notwendigkeiten der wissenschaftlich-technischen Entwicklung entsprechende Willensbildung und Entscheidung trete an die Stelle der auf Klasseninteressen zurückgehenden politischen Forderungen und Ziele, und der Klassenkampf werde ersetzt durch die Möglichkeiten der „technischen Realisation“. Soziale und sonstige gesellschaftliche Konflikte lösten sich in der Frage auf, was „technisch notwendig“ und „machbar“ sei.

Zweitens wird erklärt, daß die „Transformation“ der „Industriegesellschaft“ in die „technokratische Gesellschaft“ zur „Herrschaft der Technokraten“ führe. Als Technokraten seien die Experten in Wirtschaft, Technik, Wissenschaft, Militär und Verwaltung zu bezeichnen, die auf Grund ihres Sachverständnisses nicht nur für die Leitung der Gesellschaft unentbehrlich wären, sondern auch in zunehmendem Maße diese Leitung übernehmen würden. Den Technokraten komme die führende Stellung in der Gesellschaft und im Staat zu. Ihre Herrschaft sei jedoch nicht mehr Herrschaft im politischen Sinne, denn sie handelten nicht im Auftrage oder Interesse einer Klasse, sondern „ausschließlich im Interesse der Sache“. Die Technokraten würden jenseits aller Bewertungen, was politisch richtig oder falsch bzw. was moralisch zu unterstützen oder zu verurteilen sei, das „sachlich Notwendige“ tun. Kennzeichnend für die technokratisch begründete „Sachentscheidung“ sei ihre „Wertfreiheit“, ihre Unabhängigkeit bzw. Neutralität gegenüber jeder weltanschaulichen oder politischen Begründung und Rechtfertigung. Entideologisierung und Entpolitisierung seien die Konsequenzen der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“. Das allein an den „sachlichen Notwendigkeiten“ orientierte „technokratische Bewußtsein“ verdränge schließlich jedes Klassenbewußtsein.

Drittens wird verkündet, die Aufgabe des „technischen Staates“ sei es, die Erfordernisse des „technischen Sachzwangs“ zur Maxime seiner Tätigkeit zu erheben, eine optimale Funktions- und Leistungsfähigkeit der technisch organisierten und [42] rationalisierten Gesellschaft zu sichern sowie alle gesellschaftlichen Kräften, Gruppen oder Schichten an die technisch-wissenschaftlichen begründeten optimalen Sachlösungen zu binden. Der Staat werde in seiner Entwicklung und Tätigkeit überhaupt nicht oder nicht wesentlich vom Willen und Wollen, von den Interessen sozialer Gruppen beeinflusst; er habe schlicht und einfach dem sachlichen Zwang der modernen Technik, ihren verwaltungsmäßigen Erfordernissen zu folgen.

„Das Ziel des Staates ist dann die höchste Wirksamkeit der in ihm verfügbaren technischen Mittel“, erklärt H. Schelsky, ein führender Vertreter technokratischer Gesellschafts- und Staatslehren.³⁶ Dementsprechend bestehe die Rolle des Staates in der technisch-organisatorischen, administrativen Verwaltung, die jedoch mit höchster Perfektion und Rationalität abzuwickeln sei.

Zum Kennzeichen für den „technischen Staat“ wird das Verschwinden jeglicher politischer Herrschaft erklärt. Schelsky führt dazu aus: „Hier herrscht gar niemand mehr, sondern hier läuft eine Apparatur, die sachgemäß bedient sein will.“³⁷ Im „technischen Staat“ würden die Politiker entweder allmählich durch die am „rein Sachlichen und Fachlichen“ orientierten Experten abgelöst (H. Schelsky, H. Freyer), oder sie hätten die von diesen erarbeiteten technisch-wissenschaftlichen Lösungen als die allein vernünftigen zu akzeptieren und durchzusetzen (J. Ellul, J. Meynaud).

Worin bestehen folglich die Hauptmerkmale der technokratischen Lehren? Es sind dies vor allem

- die Verfälschung der Beziehungen zwischen wissenschaftlich technischen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, indem unter einseitiger Verabsolutierung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und dem Negieren der Rolle der Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft der wissenschaftlich-technische Fortschritt mit dem gesellschaftlichen Fortschritt identifiziert wird;
- die Verschleierung der Klassenstruktur und der antagonistischen Klassenwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft durch die aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang gelöste Überbetonung der Rolle der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz, der Manager in den kapitalistischen Konzernen sowie der leitenden Bürokratie des imperialisti-[43]schen Staatsapparates, die als die führende Schicht der Gesellschaft ausgegeben werden;
- das Konstruieren eines Gegensatzes zwischen Sachentscheidungen und politischen Entscheidungen, womit gerade das Klassenwesen des Staates und seines Rechts gezeugnet und zugleich die bürokratisch-zentralistische, technizistische Perfektionierung des gesamten politischen Herrschaftsmechanismus des Imperialismus gerechtfertigt werden soll;

³⁶ H. Schelsky, Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf/Köln 1965, S. 455.

³⁷ Ebenda, S. 457.

- die gezielt antidemokratische und antisozialistische Stoßrichtung, indem unter Berufung auf den „Sachverstand“ der Experten die Fernhaltung der Massen von der Leitung der Gesellschaft und des Staates in den kapitalistischen Ländern begründet und die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Gesellschaft und im sozialistischen Staat in Zweifel gezogen werden sollen.

Die technokratischen Staatslehren stellen eine spezifische Reaktion der bürgerlichen Ideologie auf die Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus dar.³⁸ Mit den gewaltigen Fortschritten in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, mit dem Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution vertieft sich der Widerspruch zwischen den Erfordernissen der Entwicklung der modernen Produktivkräfte und den bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen weiter. Der Übergang zum gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und zur Planung und Leitung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab, der, wie es die Entwicklung in den sozialistischen Ländern bewiesen hat, nur als Ergebnis der politischen Machteroberung durch die Arbeiterklasse möglich ist, wird damit immer zwingender.

Den technokratischen Theorien war von Anfang an die Aufgabe gestellt, ideologisch gegen die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit der revolutionären Umwälzung der sozialökonomischen und politischen Verhältnisse des Kapitalismus, des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus Front zu machen. So bezeichneten es schon die ersten technokratischen Auffassungen, die in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts in den USA in unmittelbarer Reaktion auf die Oktoberrevolution in Rußland und die Entstehung des Sowjetstaates entstanden, als wichtigste Aufgabe, [44] ein Gesellschafts- und Staatsmodell zur „Rettung der amerikanischen Zivilisation“ vor dem Kommunismus zu schaffen.

Als zentrale Idee aller folgenden technokratischen Theorien tauchte bereits hier die Vorstellung auf, daß es mit Hilfe der technischen und wissenschaftlichen Instrumentarien gelingen könne, das bestehende gesellschaftliche und politische System zu stabilisieren und die Entwicklung der Klassenkräfte unter Kontrolle zu halten. So entwickelte der bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Th. Veblen eine Konzeption, wonach, ähnlich den technischen Kontrollmechanismen, auch ein System der Steuerung und Kontrolle der sozialen Prozesse zu schaffen sei.³⁹ Hier wurde bereits die Auffassung vertreten, daß es die Aufgabe der Technokraten sei, die Maschinerie des Staates unabhängig von Klasseninteressen allein nach „sachlichen“ Gesichtspunkten zu bedienen. Wie Veblen behauptete, verfügten nur die Techniker und Ingenieure über die notwendige Objektivität und Kompetenz, um den Staat konfliktlos und mit höchster Effektivität lenken zu können.

Daran anknüpfend, trat Anfang der vierziger Jahre J. Burnham mit der Theorie von der „Revolution der Manager“ auf⁴⁰, die besonders die sich nach dem zweiten Weltkrieg in den kapitalistischen Ländern Westeuropas ausbreitenden technokratischen Lehren stark beeinflusste. Nach Burnham hat das Vordringen der Manager in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat die Eigentums- und Machtfrage sowie den Klassenkampf hinfällig werden lassen. Auch diese Theorie ist mit ihrer Stoßrichtung bewußt gegen die marxistisch-leninistische Theorie gerichtet, der in entstellender und verunglimpfender Weise vorgeworfen wird, daß sie die Bedeutung von Wissenschaft und Technik sowie die Rolle der Manager nicht oder nicht richtig erfasse. Gerade diese verleumderische Behauptung wird von revisionistischen Ideologen aufgegriffen und zu Angriffen auf die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse eingesetzt. So erklärt R. Garaudy in seiner technokratischen Variante des modernen Revisionismus, daß mit der wissenschaftlich-technischen Revolution prinzipielle qualitative Veränderungen in der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft eingetreten seien, in deren Ergebnis die Arbeiterklasse ihre führende Rolle als revolutionäre Hauptkraft an die wissenschaftlich-technische Intelligenz abgeben habe.⁴¹

³⁸ Vgl. auch E. Gottschling, Zur Kritik technokratischer Ideologien, Staat und Recht, Berlin, Heft 3/1973, S. 393 ff.

³⁹ Th. Veblen, The Engineers and the Price System, New York 1921, Neuauf. New York 1963.

⁴⁰ J. Burnham, The Managerial Revolution, New York 1941 (Das Regime der Manager, Stuttgart 1948).

⁴¹ R. Garaudy, Pour un modèle français du socialisme, Paris 1968.

[45] In Wirklichkeit unterzieht die marxistisch-leninistische Theorie die Prozesse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution einer umfassenden Analyse und Einschätzung. Zu ihren wichtigsten Ergebnissen gehört der wissenschaftlich begründete und durch die reale Entwicklung in den kapitalistischen Ländern bestätigte Nachweis, daß der Fortschritt von Wissenschaft und Technik keineswegs, wie von den technokratischen Theorien behauptet wird, zu einem Wandel der kapitalistischen Gesellschaft in eine nicht mehr in antagonistische Klassen gesplante Gesellschaft und des kapitalistischen Staates in ein klassenunabhängiges „Regime der Manager“ oder Technokraten führt.

Es zeigt sich vielmehr, daß sich die imperialistische Bourgeoisie die Möglichkeiten und Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution zunutze macht, um ihre Profite zu erhöhen sowie ihre ökonomische und politische Herrschaft über die Volksmassen zu festigen. Vor allem zeigt sich, daß der Imperialismus gerade die Möglichkeiten nutzt, die ihm aus der Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates erwachsen. Nicht das von den Vertretern technokratischer Staatslehren verheißene klassenunabhängige, unpolitische und „rein sachbezogene“ Bedienen eines staatlich-technischen Apparates kennzeichnet die Wirklichkeit, sondern die zugunsten der Monopolinteressen erfolgende wachsende Einschaltung des imperialistischen Staates in die Ökonomie und alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche des Kapitalismus. Dabei bedient sich die imperialistische Bourgeoisie in zunehmendem Maße auch wissenschaftlicher und technischer Experten, deren Erfahrungen und Ergebnisse sie im Interesse der Festigung und Perfektionierung ihrer ökonomischen und politischen Macht mißbraucht. Zugleich ist der Einsatz hoch bezahlter Manager für die Leitung von Konzernbetrieben, der die Konstruktion einer Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalverfügung ermöglicht, ein Ausdruck dafür, daß der Kapitalist für die Leitung der Produktion zwar überflüssig geworden, aber dennoch vorhanden ist und als Kapitaleigentümer den Einsatz der produktiven Kräfte im Interesse seines Maximalprofits bestimmt. In stärkerem Maße finden seit den sechziger Jahren technokratische Theorien außer in den USA vor allem in Frankreich⁴² und in der BRD⁴³ Verbreitung. Bei Übereinstimmung in der Grundargumentation bestehen einige Unterschiede zwischen den technokratischen Theorien in unwesentlichen Detailfragen. So behauptet beispielsweise J. Ellul, daß die Entwicklung zur Ersetzbarkeit der Politik durch technisch begründete Lösungen und zur Ablösung des Politikers durch den Techniker bzw. Technokraten führe⁴⁴, während Meynaud erklärt, daß Politiker und Technokraten gemeinsam vorzugehen hätten, ohne daß der eine an die Stelle des anderen trete.⁴⁵

Einen führenden Platz unter den technokratischen Staats- und Gesellschaftslehren in der BRD nehmen die Auffassungen H. Schelskys ein. In seiner Theorie des „technischen Staates“, die den Staat zum „universalen technischen Körper“ erklärt, tritt die betont antidemokratische Stoßrichtung, die den technokratischen Lehren wesenseigen ist, mit besonderer Deutlichkeit zutage.

Schelskys Staatslehre liegt die offene Ablehnung jeder Möglichkeit der Erkenntnis, Einflußnahme und Beherrschung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten durch den Menschen zugrunde. Die „neue technische Denkweise“ gehe davon aus, daß die menschliche Gesellschaft nicht historischen Gesetzmäßigkeiten, sondern „Sachgesetzmäßigkeiten“ der Wissenschaft und Technik folge.⁴⁶ Nicht die objektiven geschichtlichen Gesetze, sondern die „Sachgesetze“ wissenschaftlicher und technischer Entwicklung bestimmten das Denken und Handeln der Menschen. Diesen technokratischen Determinismus legt

⁴² Hauptvertreter technokratischer Theorien in Frankreich sind: J. Ellul, *The Technological Society*, New York 1967, und J. Meynaud, *Technocratie et politique*, Lausanne 1960; ders., *La technocratie*, Paris 1964.

⁴³ Hauptvertreter technokratischer Theorien in der BRD sind: H. Schelsky, *Auf der Suche nach Wirklichkeit*, Düsseldorf/Köln 1965; ders., „Demokratischer Staat und moderne Technik“, *Atomzeitalter*, Jg. 1961, S. 99 f.; H. Freyer (Hrsg.), *Technik im technischen Zeitalter*, Düsseldorf 1965; A. Gehlen, *Die Seele im technischen Zeitalter*, Hamburg 1957.

⁴⁴ J. Ellul, *The Technological society*, New York 1967.

⁴⁵ J. Meynaud, *La Technocratie*, Paris 1964, S. 178 ff. Ähnlich G. Ropohl in der BRD, der sich für eine „bewußte Technopolitik als Ergebnis eines Dialogs zwischen Technologie und Politik“ ausspricht (G. Ropohl, *Gesellschaftliche Perspektiven und theoretische Voraussetzungen einer technologischen Aufklärung*, in: H. Lenk (Hrsg.), *Technokratie als Ideologie*, Stuttgart 1973, S. 226).

⁴⁶ H. Schelsky, *Auf der Suche nach Wirklichkeit*, a. a. O., S. 452.

Schelsky auch den gesellschaftlichen Beziehungen zugrunde. Die gesellschaftlichen Verhältnisse seien nicht mehr durch die Eigentumsverhältnisse und die sich darauf gründenden politischen Herrschaftsverhältnisse bestimmt, sondern durch ein „neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch“, „in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzlichkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind“.⁴⁷

Indem Schelsky die gesellschaftlichen Beziehungen von den sie bestimmenden Eigentums-, Klassen- und Machtverhältnissen löst und sie ahistorischen „Sachgesetzen“ unterwirft, eliminiert [47] er die ökonomischen und politischen Herrschaftsverhältnisse auch aus der Betrachtung des Staates. Der „technische Staat“ werde zum Vollzugsorgan außergeschichtlicher, außergesellschaftlicher „Sachgesetzlichkeiten“, jenseits aller Klassengegensätze, Klassenkämpfe und Klasseninteressen. Damit ist nach Schelsky auch die Frage nach dem Wesen des Staates überflüssig; von Bedeutung ist allein das optimale Funktionieren der staatlichen Maschinerie. So heißt es dann auch: „Für den Staatsmann des technischen Staates ist dieser Staat weder ein Ausdruck des Volkswillens noch die Verkörperung der Nation, weder die Schöpfung Gottes noch das Gefäß einer weltanschaulichen Mission, weder ein Instrument der Menschlichkeit noch das einer Klasse. Der Sachzwang der technischen Mittel, die unter der Maxime einer optimalen Funktions- und Leistungsfähigkeit bedient sein wollen, enthebt von diesen Sinnfragen nach dem Wesen des Staates. Die moderne Technik bedarf keinerlei Legitimität; mit ihr herrscht man, weil sie funktioniert und solange sie optimal funktioniert.“⁴⁸

Die Vertreter technokratischer Staatslehren versuchen den Anschein zu erwecken, daß sie über oder außerhalb der materialistischen und idealistischen Erklärung des Staates stehen. Dies ist jedoch ebensowenig wie bei *jeder* anderen philosophischen, staatsrechtlichen oder sonstigen gesellschaftswissenschaftlichen Auffassung der Fall. Im Kampf zwischen der marxistisch-leninistischen Staatstheorie, die den Staat aus seiner historischen, sozialökonomischen, klassenmäßigen Determiniertheit erklärt, und den bürgerlichen Staatstheorien, die das Klassenwesen des Staates verschleiern, nehmen die technokratischen Lehren keinen „neutralen“ Platz ein, sondern fügen als bürgerliche Lehren dem Arsenal der bürgerlichen Ideologie lediglich eine weitere, „zeitgemäßere“ Variante der Rechtfertigung der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie und des ideologischen Kampfes gegen den Sozialismus hinzu.

Von den technokratischen Staatsideologen wird die Behauptung aufgestellt, daß durch die wissenschaftlich-technische Revolution die *politische* Entscheidungsmöglichkeit des Staates weitgehend beseitigt und vom „Sachzwang“ der Technik ersetzt werde, in der die staatliche Entscheidung eine aus ökonomisch-technischen Verflechtungen wesentlich vorgegebene und rechnerisch zu ermittelnde Resultante sei. Es sei, so schreibt E. Forst-[48]hoff, einer der technokratischen Staatsideologen in der BRD, „eine mittelbare Wirkung der Technik, daß sie mit der revolutionären Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch das Aufkommen der modernen Industriegesellschaft den Staat vor Aufgaben stellt, die mit den traditionellen Mitteln von Gesetzgebung und Verwaltung ... nicht mehr zu lösen sind“.⁴⁹

Abgesehen davon, daß hier der Technik unmittelbar und unvermittelt eine „revolutionäre Veränderung der *gesellschaftlichen* Verhältnisse“ unterschoben wird, die nach allen historischen Erfahrungen aber nur durch die auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte (darunter auch der technischen) in Bewegung gesetzten Klassenkräfte vollbracht werden kann, ist es interessant, daß auch das zunehmende Streben der imperialistischen Monopole nach autoritärer und bürokratisch-diktatorischer Reglementierung in allen Bereichen der Gesellschaft, besonders in der Wirtschaft, der Ausbau ihrer staatsmonopolistischen Herrschaft der Technik in die Schuhe geschoben wird. Es sei – so schreibt

⁴⁷ Ebenda, S. 453.

⁴⁸ Ebenda, S. 456.

⁴⁹ E. Forsthoff, Technisch bedingte Strukturwandlungen des modernen Staates, in: Technik im technischen Zeitalter, hrsg. v. H. Freyer, a. a. O., S. 222.

Forsthoff an gleicher Stelle – „die Technik, (die) je höher entwickelt und reiner sie auftritt, um so antiliberaler wird“, die „in diesem Maße auch der Demokratie Grenzen setzt“. Die Technik bewirke auch, daß es im Staat „in erster Linie nicht mehr der politischen Entscheidung, sondern der sachrichtigen Entscheidung“ bedarf, die aber vielfach schon gar keine Entscheidung mehr sei, sondern „nur noch die zu ermittelnde Resultante einer komplexen Tatsachensituation“.⁵⁰

Im scheinbaren Gegensatz zu den „Pluralismus“-Bekanntnissen der Revisionisten und Sozialreformisten wird von den technokratischen Staatsideologen hier zunächst gegen die Demokratie polemisiert, die gegenüber den „Sachzwängen“ einer industrialisierten Gesellschaft keine Chance mehr habe und sich mehr und mehr als überflüssig oder sogar als hemmend erweise. Nach E. Forsthoff „kollidiert die Struktur der industriellen Gesellschaft mit der Struktur der parlamentarischen Demokratie, die ihrem Wesen nach unfachmännisch und ideologisch ist“.⁵¹

In gewisser Hinsicht ist der Gegensatz zwischen der pluralistischen und der technokratischen Argumentation sogar ein echter Unterschied, denn er bringt gewisse Differenzen innerhalb des Monopolkapitals über die „beste“, erfolgversprechendste *Methode* der Beherrschung der werktätigen Massen, der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über das Volk zum Aus-[49]druck. Daraus erklärt sich auch, weshalb in der Praxis der staatsmonopolistischen Herrschaft, in der Regierungspolitik der imperialistischen Staaten, beide Methoden sehr oft miteinander verschmelzen, ineinander übergehen und je nach dem Druck, den die Volksmassen auf die Politik der herrschenden Monopole ausüben, bald die eine, die Beachtung gewisser formaler demokratischer Rechte, bald die andere, die mehr oder weniger offene diktatorische Unterdrückung der werktätigen Massen, in den Vordergrund tritt.

Unverkennbar allerdings ist in allen imperialistischen Hauptländern die Tendenz zur Einschränkung und Beseitigung auch der formalen bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten. Dafür nun wird mit der Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Sachzwang und Demokratie ein neues Aushängeschild, ein neuer Deckmantel geliefert, auf dem und hinter dem nun auch die bürgerliche Demokratie endgültig und offiziell ins Reich des Utopischen verwiesen werden soll und jede ihrer auch noch so bescheidenen Äußerungen als dem „Sachzwang“ widersprechend ausgeschaltet werden kann.

So soll die Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Systems mit dem Argument gerechtfertigt werden, daß der parlamentarische Prozeß im Hinblick auf die zu treffenden „technisch-wissenschaftlichen Entscheidungen“ uneffektiv und unrationell sei. Da die „Sachentscheidungen“ keiner „demokratischen Willensbildung“ unterliegen könnten, bleibe dem Parlament nur die Rolle eines „Kontrollorgans für sachliche Richtigkeit“⁵² außerhalb jeder politischen Wertung.

In ihrer praktisch-politischen Konsequenz unterstützen diese Thesen die Tendenzen der Degradierung des Parlaments zu einem bloßen Anhängsel des imperialistischen Staatsapparates.

Diese Konstruktion eines Gegensatzes zwischen „Sachzwang“ bzw. „Sachentscheidung“ und Demokratie ist ein tragendes Element technokratischer Staatstheorien. Die Demokratie erweise sich deswegen als überholt und hemmend, erklärt H. Schelsky, weil „die Sachverhalte, die es zu entscheiden gilt, ja gar nicht mehr von einer vernünftigen Urteilsbildung des normalen Menschenverstandes“ aus zu bewältigen seien.⁵³ Mit diesen und ähnlichen Behauptungen wenden die Volksmassen als prinzipiell nicht kompetent dafür bezeichnet, auf die Entscheidungen des Staates Einfluß nehmen zu können. Die tiefe [50] Mißachtung, die gerade die Vertreter technokratischer Staatstheorien den Volksmassen gegenüber zum Ausdruck bringen, findet auch in den Worten E. Forsthoffs ihre Widerspiegelung, daß erst die „moderne Staatsentwicklung“ dem Wort „vom beschränkten Untertanenverstand zur vollen Wahrheit verholfen“ habe.⁵⁴

⁵⁰ E. Forsthoff, Strukturwandlungen der modernen Demokratie, (West-)Berlin 1964, S. 16.

⁵¹ E. Forsthoff, Rechtsstaat im Wandel, Stuttgart 1964, S. 191.

⁵² H. Schelsky, Auf der Suche nach Wirklichkeit, a. a. O., 1965, S. 459.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ E. Forsthoff, Der Staat der modernen Industriegesellschaft – dargestellt am Beispiel der BRD, München 1971, S. 84.

Die Verherrlichung der perfekt organisierten und funktionierenden bürokratisch-zentralistischen Staatsmaschinerie, die als reibungslos ablaufende Apparatur unter Ausschaltung jeder „Störung“ aus dem demokratischen Bereich den reaktionären imperialistischen Kräften dient, rückt die technokratischen Staatstheorien in die Nähe faschistischer Staatstheorien. Dieser Zusammenhang wird auch daran ersichtlich, daß Vertreter faschistischer Theorien, wie E. Forsthoff, H. Freyer und A. Gehlen, relativ nahtlos den Übergang zu technokratischen Theorien vollziehen konnten.

Nun ist es jedoch nicht der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der in den Ländern des Kapitals zur Aushöhlung der Demokratie führt. Unvereinbar mit der Demokratie ist die Herrschaft der Monopole, die die Fernhaltung der Massen von der Bestimmung über die Produktion und von der Leitung des Staates bedingt und bewirkt.

Die objektiven Erfordernisse der Entwicklung der Produktivkräfte *und* der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangen notwendig eine (demokratische und keine autoritäre Gesellschafts- und Staatsordnung, aber die Basis solcher Demokratie kann nur das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sein.

Es ist also erklärlich, weshalb der Revisionismus und der Sozialreformismus mit ihren illusionären Losungen von der „reinen“ Demokratie, von einem „demokratischen Sozialismus“ auf dem Boden der bürgerlich-imperialistischen Gesellschaft gelegentlich mit diesen technokratischen Staatsauffassungen in Konflikt geraten, wobei auch wortreiche Polemiken abgefaßt werden. Diesen polemischen Auseinandersetzungen fehlen jedoch, da sie nicht prinzipieller Natur sind, die überzeugenden und durchschlagenden Argumente. Weil die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die sich darauf stützenden Machtverhältnisse ausgeklammert werden, bleibt es bei moralisierenden Appellen und schließlich bei Hinweisen darauf, daß bei [51] einigen Zugeständnissen an die arbeitende Bevölkerung das bestehende gesellschaftliche und politische System stabilisiert werden könne. Daher ist es nicht zufällig, daß auch der moderne Revisionismus und Sozialreformismus von Zeit zu Zeit mit dem sogenannten Sachzwang der Technik argumentiert, um sich vor den werktätigen Massen dafür zu rechtfertigen, daß er mit seinen Demokratie-Versprechungen und sozialen Zusagen in der Praxis nicht vorankommt.

Wesentlich für unsere Fragestellung nach der reaktionären Zielstellung der antikommunistischen Angriffe der Technokraten auf den Klassencharakter des sozialistischen Staates ist vor allem die Konstruktion des angeblichen Gegensatzes zwischen der politischen und der sachrichtigen Entscheidung, die vielfach gar keine Entscheidung mehr sei. Gerade in dieser Gegenüberstellung kommt der Versuch, den Klassencharakter des Staates zu leugnen, besonders deutlich zum Ausdruck. Dieser Versuch wird zunächst für den imperialistischen Staat der Monopole unternommen. Aber mit dem Hinweis auf den umfassenden, weltweiten Charakter der technischen Entwicklung, des technischen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution, mit dem Hinweis auf die sich auch in den sozialistischen Ländern vollziehende Entwicklung der Produktivkräfte wird der „Gültigkeitsanspruch“ dieser Auffassungen unter zwei Gesichtspunkten erweitert:

Erstens sollen die sozialistischen Staaten, die Volksmassen der sozialistischen Länder, vor allem die Arbeiterklasse, aber auch die technische und wissenschaftliche Intelligenz dazu bewogen werden, in Theorie und Praxis den Klassencharakter ihrer sozialistischen Staatsmacht, ihre Notwendigkeit und die Notwendigkeit der politisch führenden Rolle der Arbeiterklasse in Zweifel zu ziehen. Das Ziel ist, die politische Führung der sozialistischen Gesellschaft und des Staates durch die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei zugunsten angeblich technischer „Sachzwänge“ abzubauen.

Zweitens soll auf diese Weise praktischen Konsequenzen der sogenannten Konvergenztheorie vorgeholten werden, wonach sich Sozialismus und Kapitalismus angeblich auf der Basis des „Sachzwanges“ industrieller und technischer Entwicklung einander annähern und der Grundwiderspruch in der Welt nicht mehr zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen [52] industriell entwickelten und industriell nicht entwickelten Ländern bestehe. Auf diese Weise soll der Sozialismus von der antiimperialistischen Befreiungsbewegung der Völker getrennt und isoliert werden.

Hier wird nun die konterrevolutionäre, antikommunistische Stoßrichtung dieser Theorien ebenso sichtbar wie ihre wesensmäßige Verwandtschaft mit dem revisionistischen Pluralismus. Mit unterschiedlichen Vorwänden sind beide gegen das Klassenwesen des sozialistischen Staates, gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, auf die Beseitigung der politischen Macht der Arbeiterklasse gerichtet.

Ein beliebtes Argument der technokratischen Ideologen ist dabei die Planung: Ob Sozialismus oder Kapitalismus – die moderne Technik verlange die Planung und mache sie gleichzeitig möglich, aber: Was soll nun noch demokratisch entschieden werden, wenn die Planer ausgerechnet haben, daß die Dinge so und nicht anders laufen müssen? Hier liegt der technokratische Ansatz für die Konvergenz: Planung gibt es in kapitalistischen wie in sozialistischen Staaten. Planung sei nicht mehr ein charakteristisches Merkmal des Sozialismus, sondern der „modernen Industriegesellschaft“ überhaupt. Das sagen und schreiben immerhin jene, die fast vierzig Jahre lang die sozialistische Planwirtschaft als „Zwangswirtschaft“ verteufelt und für völlig unannehmbar erklärt haben. Jetzt plötzlich ist der Charakter der Gesellschaftsordnung für sie angeblich völlig belanglos; denn schließlich bestimme der automatisierte Produktionsprozeß hier wie dort gleichermaßen eine Entscheidung darüber, wo zu investieren sei und in welcher Richtung. Das mag im ersten Augenblick fast einleuchtend klingen; und wer in der Wirtschaft bewandert ist, kennt auch den objektiven Zwang der Technologie. Und da wir als Marxisten sehr viel von den objektiven Gesetzen und Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte halten, ist es kein Wunder, daß die Ideologen des Imperialismus ihre technokratischen Theorien für besonders wirkungsvoll halten.

Nun ist allerdings die Beachtung der objektiven Erfordernisse der Entwicklung der Produktivkräfte und des Produktionsprozesses in der staatlichen Leitung für uns wirklich keine neue Entdeckung, sondern eine marxistisch-leninistische Grund-[53]erkenntnis; und wir wissen auch, daß es nicht immer einfach ist, in der Praxis in jedem Falle richtig damit fertig zu werden. Indessen wissen Marxisten seit 120 Jahren, daß nicht diese Erfordernisse den Menschen, sondern daß der Mensch diese Erfordernisse beherrschen soll. Genau aus diesem Grunde müssen es die Werktätigen, muß es die produzierende Grundklasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, sein, die diese Planung der Produktion in ihrem eigenen Interesse ausübt. Und deshalb ist die technokratische Staatslehre hinter der Gegenwart um 120 Jahre zurückgeblieben.

Es geht gar nicht darum, *ob* in der Wirtschaft geplant wird, sondern *wer* in *wessen Interesse* und *zu wessen Nutzen* plant: ob imperialistische Monopole im Interesse der Steigerung ihres Profits Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen oder ob der sozialistische Staat nach dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus die gesamte Volkswirtschaft nach den Bedürfnissen der Werktätigen entwickelt.

Die Entscheidung aber, ob der Staat die Mittel der Gesellschaft für den Bau von 500.000 Wohnungen einsetzt, für die Förderung der jungen Ehen und Familien, für die Erleichterung der Lage der werktätigen Frauen und Mütter oder ob die staatlichen Mittel für die Stützung der Monopolprofite, für die Durchrationalisierung der Monopolbetriebe auf Staatskosten verausgabt werden, das ist keine Frage des technischen Sachzwanges, sondern des Klassencharakters dieses Staates, der gesellschaftlichen Ordnung.

Die Gegenüberstellung von politischen und „sachrichtigen“ Entscheidungen geht von der Vergleichbarkeit dieser beiden Kategorien aus und beruht im Grunde darauf, daß die „Technik“ als unmittelbar bestimmendes Element des Staates vorausgesetzt wird und sowohl die „Technik“, die Produktionsmittel der Gesellschaft, als auch der Staat von den gesellschaftlichen Kräften, von den Klassenkräften, getrennt werden, die das eine wie das andere beherrschen und für ihre Zwecke nutzen und in Bewegung setzen. Die Grundfrage ist auch hier: In wessen Händen befindet sich die Technik, befinden sich die Produktionsmittel der Gesellschaft? Welche Klassen setzt die Technik mit welchem Ziel und zu welchem Zweck in Bewegung, verfügt über ihren Einsatz?

Jede staatliche Entscheidung, auch die anscheinend rein tech-[54]nische Maßnahme, trägt insofern politischen Charakter, als mit ihr im Interesse und zum Nutzen oder zum Schaden bestimmter

gesellschaftlicher Kräfte, bestimmter Klassen, gesellschaftliche Verhältnisse in bestimmter Weise verändert oder zumindest mit dieser Absicht beeinflußt werden. Weder war es in der industriellen Revolution des vergangenen Jahrhunderts noch ist es heute die Technik schlechthin, die den Charakter des Staates, seiner Entscheidungen und damit auch die Richtung des Einsatzes und der Nutzung der *technischen* Mittel der Gesellschaft bestimmt, sondern es waren damals wie heute die ökonomischen und politischen Interessen der jeweils herrschenden Klasse.

Gewiß verlangt die in der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Ausdruck kommende qualitativ höhere Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte eine objektiv höhere Qualität der staatlichen Leitung. Sie verlangt vor allem die gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung der ökonomischen und sozialen Prozesse im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die Konzentration der produktiven Kräfte und Mittel der Gesellschaft in den Händen der Werktätigen, die gesellschaftliche Verfügungsgewalt über diese Kräfte und Mittel, die öffentliche gesellschaftliche Entscheidung und Kontrolle über ihren Einsatz und ihre Verwendung.

Inwieweit aber und vor allem in welcher Richtung, mit welchem gesellschaftlichen Ziel die staatliche Macht diesen Erfordernissen Rechnung trägt, diese Entwicklung fördern kann oder aber behindert, das hängt in erster Linie vom politischen, vom Klassencharakter dieses Staates, von der in der konkreten gesellschaftlichen Ordnung ökonomisch und politisch herrschenden Klasse, von ihren Interessen ab.

Zeigen die objektiven Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution noch deutlicher als bisher die historische Überlegenheit der sozialistischen Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse und charakterisieren den Sozialismus und Kommunismus als die eigentliche, den objektiven Erfordernissen der Produktivkräfte adäquate Gesellschaftsformation, so zeigt die Praxis des Imperialismus in der Gegenwart mit seinen Apparaten der ökonomischen Regulierung und der perfektionierten Massenmanipulation, wie die herrschenden Monopole unter wachsenden Schwierigkeiten und bei einer immer [55] deutlicher sich offenbarenden Mißachtung des Menschen versuchen, die wissenschaftlich-technische Revolution ihren Profitinteressen und dem damit verbundenen vitalen Interesse an der Erhaltung ihrer politischen Macht dienstbar zu machen, die Ausbeutung zu steigern und sie politisch gegen den wachsenden Einfluß des Sozialismus abzusichern.

Auch im Sozialismus trägt jede staatliche Entscheidung politischen Charakter. Der VIII. Parteitag der SED hat sein klares Wort über das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Sozialismus, über das Primat der Politik gesprochen, das unmittelbar praktische Bedeutung hat. Es gibt in dieser Hinsicht keine „Inseln“ im Staatsapparat, wo es nur und ausschließlich auf „reines“ Fachwissen, auf unpolitische Sachkunde ankäme. Gleichgültig, auf welchem konkreten Gebiet und durch welches konkrete staatliche Organ sie getroffen wird, beeinflußt jede staatliche Entscheidung unmittelbar oder mittelbar die Entwicklung und die konkrete Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den werktätigen Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft. Sie beeinflußt ebenso die Position des Sozialismus in der internationalen Klassenauseinandersetzung mit dem imperialistischen Herrschaftssystem.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen über die Fünfjahrpläne und die jährlichen Volkswirtschaftspläne sowie die staatlichen Folgemaßnahmen ihrer Verwirklichung, die Rechtsvorschriften über Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik usw. sind keineswegs nur Entscheidungen über „sachliche“ Gegenstände, über Material und Geld, sondern vor allem Entscheidungen über die Entwicklung *gesellschaftlicher* Beziehungen zwischen den Menschen, Entscheidungen, die auf die Entfaltung ihrer Initiative, die Festigung ihrer Beziehungen, die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse nicht nur im materiellen Bereich, sondern auch im Bereich *ihres Zusammenlebens, ihres Verhaltens zueinander* gerichtet sind.

Es gibt keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, in dem die sozialistische Staatsmacht nicht durch ihre planende und damit orientierende, durch ihre organisierende und bewußtseinsbildende Tätigkeit zielstrebig in der Richtung der Entfaltung aller schöpferischen Kräfte des werktätigen Volkes, jedes einzelnen Bürgers und der Festigung ihrer Zusammenarbeit zur Lösung der Aufgaben des sozialistischen [56] Aufbaus wirksam wird oder notwendig wirksam werden muß.

Die sachliche Richtigkeit dieser stets politischen Entscheidungen des sozialistischen Staates besteht darin, daß sie den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ihren jeweiligen konkreten Erfordernissen entsprechen. Das ist der politisch-sachliche Maßstab ihrer Richtigkeit, Sie wird durch den Charakter der sozialistischen Staatsmacht selbst sowie dadurch garantiert, daß deren gesamte Tätigkeit durch die exakte und gründliche Analyse dieser Gesetzmäßigkeiten, die gründliche und allseitige Ermittlung ihrer Erfordernisse, ihrer realen Bilanzierung mit den zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln erfolgt.

Deshalb kommt der gründlichen und allseitigen Vorbereitung staatlicher Entscheidungen, dem vorherigen Durchdenken der Probleme nach dem bewährten Leninschen Grundsatz „Siebenmal messen und einmal schneiden“ solche große Bedeutung zu. Ebenso wichtig aber ist auch, daß Entscheidungen, Rechtsgrundsätze und Verhaltensregeln, die diesen konkreten, objektiven Erfordernissen nicht mehr entsprechen, aufgehoben und verändert werden, damit Stabilität und Autorität von Entscheidungen erhalten bleiben.

Die sachliche Richtigkeit der staatlichen Entscheidungen wird dadurch garantiert, daß ihnen bei ihrer Vorbereitung gerade die politischen, das heißt die sozialen und anderen *gesellschaftlichen* Auswirkungen zugrunde gelegt werden.

Die sachliche Richtigkeit der Entscheidungen des sozialistischen Staates wird schließlich vor allem garantiert durch die ständige und wachsende, zunehmend bewußtere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des Staates, der Wirtschaft und aller anderen gesellschaftlichen Bereiche durch die sich entfaltende sozialistische Demokratie.

Dies alles aber setzt die politisch führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die Festigung dieser Führungsrolle, die Festigung des Klassenwesens der sozialistischen Staatsmacht voraus. Es verlangt von jedem Mitarbeiter der staatlichen Organe, in seiner gesamten praktischen Arbeit bewußt von diesem Klasseninhalt der sozialistischen Staatsmacht auszugehen und weder in der Theorie noch in der Praxis eine revisionistische, pluralistische, technokrati-[57]sche oder wie sonst auch immer geartete bürgerliche Entstellung des Klassenwesens der sozialistischen Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zuzulassen.

Die maoistischen Auffassungen über „Demokratie“ und „Diktatur“ – Ausdruck „links“opportunistischer Revision der marxistisch-leninistischen Staatslehre

In Worten anders geartet als die Angriffe des Revisionismus und Sozialreformismus sowie der technokratischen und anderen bürgerlichen Staatslehren und von einer anderen Position aus vorgetragen, in ihrem antikommunistischen Wesen aber mit diesen identisch, sind die Angriffe, die auf das Klassenwesen des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie in der gegenwärtigen Phase des Kampfes zwischen Imperialismus und -Sozialismus in der Welt vor allem von den maoistischen Führern Chinas unternommen werden.

Als eine spezifische, staatlich organisierte Spielart des „linken“ Opportunismus, der seiner ideologischen Struktur nach mit dem Trotzismus und anderen Formen des kleinbürgerlichen Abenteuerertums verwandt ist, treibt der Maoismus eine antikommunistische, mit ihrer Spitze gegen die Sowjetunion gerichtete nationalistische Großmachtpolitik. Sie ist in der Frage des Staates mit einer Flut von Verleumdungen, Entstellungen und unbegründeten Angriffen gegen den sozialistischen Charakter der Staatsmacht in der Sowjetunion und in anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verbunden.

Der Kampf gegen die antikommunistischen Angriffe auf das Wesen des sozialistischen Staates schließt notwendig die prinzipielle ideologische Auseinandersetzung mit dem Maoismus ein. Die imperialistische Bourgeoisie versucht, die Auffassungen des Maoismus und anderer anarchistischer und trotzkistischer Spielarten des kleinbürgerlichen Abenteuerertums als „wahrhaft marxistisch“ und „revolutionär“ hinstellen und damit den Marxismus-Leninismus zu diskreditieren sowie seinen zunehmenden Einfluß auf die Volksmassen in allen Ländern der Welt zu untergraben. Die imperialistische Bour-[58]geoisie hat die Rolle des „Links“opportunismus im Kampf gegen die marxistisch-

leninistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern wie gegen den Einfluß der Ideen des Marxismus-Leninismus überhaupt begriffen und gewährt ihm jede Unterstützung. Obwohl die maoistischen, trotzkistischen und anarchistischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern im allgemeinen nur als Splittergruppen existieren, kommt ihre antikommunistische und besonders antisowjetische Aktivität den herrschenden Kräften sehr gelegen, da sie die Bürger mit „der Revolution“ und „dem Kommunismus“ schrecken und vor allem in Wahlzeiten die Wählermassen bewegen wollen, antikommunistisch zu wählen.

Der Antikommunismus und Antisowjetismus des „Links“opportunismus ist auch dessen gemeinsame ideologische Grundlage mit dem Rechtsopportunismus. Verleumdet der Rechtsopportunismus mit seinen „pluralistischen“ Empfehlungen den sozialistischen Staat als ein angeblich „totalitäres Regime“, als „undemokratisch“, so besteht die Verunglimpfung des sozialistischen Staates, vor allem der Sowjetunion, durch die „Links“opportunisten darin, daß sie dessen angeblich „revisionistische Entartung“ lautstark behaupten.

Die politische Zielsetzung dieser Angriffe auf den sozialistischen Staat ist trotz der scheinbar völlig entgegengesetzten Begründung in ihrem Wesen genau die gleiche: der Ausschluß der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft, der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, von der politischen Macht, die durch ein bürgerlich-parlamentarisches oder militärisch-bürokratisches Regime ersetzt werden soll.

Ideologisch wurzelt der „Links“opportunismus in einem kleinbürgerlichen Revoluzzertum, das, abseits und entfernt vom Marxismus-Leninismus, abseits von der Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und unter Verleugnung der Notwendigkeit einer solchen Erkenntnis, eine tiefe Geringschätzung gegenüber den diese Entwicklung bewegenden Klassenkräften, vor allem der Arbeiterklasse, zum Ausdruck bringt. Im Maoismus ist dieses kleinbürgerliche, spontane Revoluzzertum mit einem nationalistischen und großmachtchauvinistischen Sendungsbewußtsein verbunden.⁵⁵

[59] Der Maoismus konstruiert in seinen Angriffen gegen den sozialistischen Charakter der Staatsmacht in der Sowjetunion und in anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft im Verein mit dem rechten Revisionismus von seiner spezifischen Position aus einen angeblichen Widerspruch zwischen dem Staat und den werktätigen Massen des Volkes, behauptet ohne Analyse oder auch mit bewußter Fälschung der Tatsachen das Entstehen „neuer Klassen“, vor allem einer „neuen Elite“ in den Ländern des Sozialismus und versucht – indem er selbst die Erkenntnisse und Grundsätze des Marxismus-Leninismus mit Füßen tritt –, den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft die Abkehr vom Marxismus-Leninismus auch in der Staatsfrage zu unterstellen. Dabei werden gerade die sozialistische Demokratie, die sozialistische Planwirtschaft und die Verwirklichung des sozialistischen Leistungsprinzips als besonders verwerflich verurteilt.

Der illusionäre, antimarxistische und antikommunistische Inhalt dieser ideologischen Strömung liegt im Grunde genommen wie beim Anarchismus in der Anbetung der Spontaneität, deren Kehrseite die bürokratische Reglementierung des gesellschaftlichen Lebens ist. Die präzise Organisation der Demokratie, die der Sozialismus und Kommunismus gerade im Interesse der Entwicklung der Produktivkräfte und zum Zweck der Erhöhung des gesellschaftlichen Reichtums für eine immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen nach gleichen Maßstäben notwendig verlangt, wird als „Etatismus“, als Bürokratisierung abgelehnt und verurteilt. Natürlich bricht diese Vorstellung an dem Punkt völlig zusammen, wo es nun wirklich um praktische Organisation und präzise Leitung geht. Spätestens hier stellt sich der illusionäre Charakter dieser Theorie der Spontaneität heraus. Da indessen eine praktische Lösung notwendig gefunden werden muß, ist es nicht sehr verwunderlich, daß dies auch der Punkt ist, an dem die ganze anarchistische Konzeption der Spontaneität umschlägt in eine Art despotischer, militärisch-bürokratischer Einzelleitung und Befehlsgewalt, die gar nicht weit vom imperialistischen Management und von der ihm adäquaten technokratischen Staatsauffassung

⁵⁵ Vgl. G. Nobel, Die antimarxistische Politik des Maoismus, Einheit, Berlin, H. 2/1972, S. 190 f.

entfernt ist. Staatstheoretisch ist das absolute Auseinanderreißen und die Gegenüberstellung von Demokratie und Leitung, von demokratischer Aktivität der Massen und ihrer [60] staatlichen Organisation und planmäßige Leitung, das dieser ideologischen Position zugrunde liegt und zugleich ihre theoretischen Unhaltbarkeit ausmacht.

Kennzeichnend für die maoistische Staatsauffassung ist es daher, daß dem Begriff der Diktatur des Proletariats ein subjektivistischer, antimarxistischer und antileninistischer Inhalt unterschoben wird. Die Maoisten verwenden zwar formell den Begriff der proletarischen Diktatur, verstehen darunter aber nicht das Klassenwesen und die historische Rolle der Diktatur des Proletariats, wie es vom Marxismus-Leninismus wissenschaftlich begründet und beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht wurde und wird.

Sie erklären, daß die „Diktatur des Proletariats eine Diktatur ist, die von den Massen ausgeübt wird“.⁵⁶ Es ist kein Zufall, daß mit Formeln wie „Diktatur der Massen“ oder „Diktatur des Volkes“ Begriffe propagiert werden, die die Klassengrundlagen der Diktatur des Proletariats verwischen.

Die Diktatur des Proletariats ist die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen werktätigen Schichten den Sozialismus errichtet. Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei im sozialistischen Staat ist eine objektive Notwendigkeit und ein entscheidendes Wesensmerkmal des Aufbaus der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die Verwirklichung und Entfaltung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bestimmten daher den Charakter des sozialistischen Staates als Hauptinstrument der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen werktätigen Klassen und Schichten bei der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus. Sie bestimmten auch entscheidend die Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Die Maoisten, die sich bereits in ihrem Kampf um die Macht im wesentlichen auf die Bauernschaft sowie auf bäuerliche und kleinbürgerliche Schichten in der Armee stützten, ignorieren die Notwendigkeit der führenden Rolle der Arbeiterklasse, die auch in einem Land wie China trotz ihrer relativ geringen Zahl den Vortrupp im gesellschaftlichen Leben bilden muß. Die Aufgabe einer marxistisch-leninistischen Partei [61] kann es nur sein, die ständige Verstärkung der führenden Stellung der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und das ständige Hineintragen der proletarischen Ideologie in alle werktätigen Schichten des Volkes in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu stellen. Mao Tse-tung erklärte, aber bereits im Jahre 1940, daß die Frage der Macht auf die Übergabe der Macht an die Bauernschaft hinauslaufe: „Die politische Ordnung der neuen Demokratie besteht dem Wesen der Sache nach darin, der Bauernschaft die Macht zu überlassen.“⁵⁷

In Wirklichkeit schreiben die Maoisten der Armee eine führende Rolle in der Gesellschaft zu. Die Armee und nicht der sozialistische Staat wird offiziell als „Bollwerk“, als „Grundlage“ oder als „Hauptinstrument der Diktatur des Proletariats“ bezeichnet. Mit Hilfe der Armee wurde schließlich das gesamte politische System, das durch die Volksmacht errichtet und durch die Verfassung der Volksrepublik China aus dem Jahre 1954 verankert worden war, in der sogenannten Kulturrevolution zerschlagen und eine ihrem Wesen nach antisozialistische militär-bürokratische Diktatur errichtet. Die Militarisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie die Verabsolutierung der Methoden des Administrierens, des Zwangs und der Unterdrückung, die letztlich im mangelnden Vertrauen auf die schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse und der Massen, im Zweifel an der Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Führung der Gesellschaft ihre Wurzeln haben, verbinden den Maoismus mit dem Trotzismus.⁵⁸ Verpackt in einer Flut pseudoradikaler und scheinrevolutionärer Phrasen von der „permanenten Revolution“, nahm die Idee der Militarisierung in den trotzkistischen Auffassungen vom Staat einen zentralen Platz ein. Trotzki „empfahl“ der jungen Sowjetmacht, das gesamte

⁵⁶ Zit. nach: L. Gudoschnikow/B. Topornin, Krise der politisch-rechtlichen Entwicklung in China, Sowjetstaat und Sowjetrecht, Moskau, Heft 5/1969.

⁵⁷ Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. 3, Moskau 1953, S. 246.

⁵⁸ Vgl. B. Ponomarjow, Eine aktuelle Aufgabe des ideologisch-politischen Kampfes (Der Trotzismus als Waffe des Antikommunismus), Sowjetwissenschaft, Berlin, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 3 und H. 4/1972; M. Basmanow, Das antirevolutionäre Wesen des heutigen Trotzismus, Moskau 1971.

staatliche und wirtschaftliche Leben auf der Grundlage der militärischen Hierarchie und Befehlsgewalt des Staates und der Wirtschaft sowie die Kontrolle des gesamten gesellschaftlichen Lebens der Bevölkerung zu übertragen. Dieses militärisch-bürokratische System sollte sich auf militärische Administration, Zwangsarbeit und Einschüchterung der Massen des Volkes stützen.

Lenin widerlegte diese Auffassungen von einem „Kasernen“-Sozialismus prinzipiell und wies nach, daß sie ein direktes Abgehen von der wissenschaftlich begründeten Auffassung des [62] Sozialismus und Kommunismus sowie der Diktatur des Proletariats im besonderen darstellen. Die politische Stellung Trotzki's charakterisierte Lenin mit den Worten: „... spielt sich als Linker auf und *hilft* den Rechten, solange er nur kann.“⁵⁹ Diese Einschätzung charakterisiert auch treffend die heutige Rolle trotzkistischer Gruppierungen, die in enger ideologischer und politischer Verwandtschaft mit dem Maoismus und anderen Formen kleinbürgerlichen Subjektivismus versuchen, „die wissenschaftlich begründete marxistische Linie der revolutionären Bewegung durch Abenteuerertum zu ersetzen“⁶⁰, und die gerade dadurch den Interessen der imperialistischen Bourgeoisie entgegenkommen und ihr ihre Dienste leihen.

Der Maoismus bezeichnet die auf die Sicherung des Friedens und die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gerichtete leninistische Außenpolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft, die gegenwärtig zu sichtbaren Ergebnissen geführt hat, als Abkehr von den Prinzipien der Revolution. Mit dem Anspruch, die „wahren“ Vertreter des revolutionären Standpunktes zu sein, versuchen die Maoisten, die imperialistischen Staaten und den Sowjetstaat auf eine Stufe zu stellen und diesen den anderen sozialistischen Staaten sowie der antiimperialistischen Befreiungsbewegung der Völker gegenüberzustellen. Sie hoffen damit Mißtrauen und Zwiespalt in den revolutionären Hauptströmungen der Gegenwart säen zu können, um so der Verwirklichung ihrer eigenen nationalistischen Hegemonie- und Großmachtpläne näherzukommen.

In der mechanischen Gegenüberstellung von industriell entwickelten und „Entwicklungsländern“ trifft sich der Maoismus. auch hier mit bereits charakterisierten Elementen der bürgerlichen technokratischen Staatslehren.

Sein Ausgangspunkt ist dabei allerdings nicht – wie bei diesen Staatslehren – eine scheinbar klassenindifferente Interpretation der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihrer Erfordernisse, sondern ganz im Sinne anarchistischer Auffassungen die soziale Gegenüberstellung von ausgebeuteten, benachteiligten und unterdrückten Nationen auf der einen sowie wohlhabenden Unterdrückernationen auf der anderen Seite.

Entsprechend dem kleinbürgerlichen Charakter des Anarchismus wird der soziale Klassenantagonismus in einen Ant-[63]agonismus zwischen Nationen und Völkern umgefälscht. Das Verhältnis von sozialer und nationaler Frage ist auf den Kopf gestellt. Dadurch wird die soziale Frage aus einer Klassenfrage in eine nationale Frage umgedeutet. An die Stelle der Arbeiterklasse als der revolutionärsten und fortschrittlichsten Kraft der Gesellschaft wird eine undifferenzierte, benachteiligte Masse geschoben, die im wesentlichen durch die arme Bauernschaft, durch unterentwickelte Nationen und Völker verkörpert ist.

Völlig folgerichtig landet diese Position politisch bei einem gegen die Arbeiterklasse aller industriell entwickelten Länder, in denen sie logischerweise die soziale Hauptkraft bildet, und gegen die sozialistischen Länder, vor allem gegen die Sowjetunion, gerichteten Antikommunismus. Sie kommt praktisch – wie das für alle „linken“ Abweichungen von der Lehre von Marx, Engels und Lenin bereits nachgewiesen wurde – am rechten Flügel des Imperialismus wieder zum Vorschein, da ihre Vertreter ihm konkrete Handlangerdienste dabei leisten, die antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung der ehemals oder auch heute noch kolonial unterdrückten Völker von ihren natürlichsten Verbündeten, den sozialistischen Staaten, zu trennen.

⁵⁹ W. L. Lenin, Werke, Bd. 35, Berlin 1962, S. 265.

⁶⁰ L. I. Breschnew, Auf dem Wege Lenins, Bd. 2, Berlin 1971, S. 631.

Die Abkehr vom proletarischen Klassenstandpunkt in *jeder* Frage führt den Maoismus zur prinzipienlosen, pragmatischen Zusammenarbeit mit allen Schattierungen des rechten und „linken“ Opportunismus, zur verdeckten oder offenen Zusammenarbeit mit dem Imperialismus. „Der Maoismus ist seinem Wesen nach eine reaktionäre Ideologie. Er schließt sich mit den Imperialisten, der rechten Sozialdemokratie, dem Revisionismus und dem Trotzismus zu einer einheitlichen Front gegen die Sowjetunion, die sozialistische Staatengemeinschaft und die kommunistische Weltbewegung zusammen.“⁶¹

Die Abkehr des Maoismus vom proletarischen Klassenstandpunkt, vom Marxismus-Leninismus, kommt in der Staatsfrage darin zum Ausdruck, daß nicht der objektive Klassencharakter eines Staates, sondern allein die Tatsache, ob der jeweilige Staat eine antisowjetische Politik betreibt, zum Kriterium seiner Einschätzung durch die Maoisten gemacht und daß an die Stelle des Klassegegensatzes zwischen Sozialismus und Imperialismus der Gegensatz zwischen Völkern, Rassen [64] und Nationen gesetzt wird. Die Abkehr von den revolutionären Positionen der Arbeiterklasse kommt ferner in der inneren Entwicklung Chinas selbst zum Ausdruck, darin, daß die Kommunistische Partei Chinas am Ende der fünfziger Jahre und vor allem während der sogenannten Kulturrevolution zwischen 1965 und 1968 als führende Kraft der Arbeiterklasse Chinas zerschlagen und in ein Instrument der maoistischen Führungsgruppe umfunktioniert wurde, daß entsprechend die gewählten Organe der Volksmacht durch „Revolutionskomitees“ der Maoisten ersetzt wurden und eine ihrem Wesen nach anti-sozialistische militär-bürokratische Diktatur im Lande errichtet worden ist.

Diese Diktatur deformiert und gefährdet die sozialistischen Elemente in Chinas Wirtschaft, die aus den erfolgreichen Jahren der Entwicklung von 1949 bis zum VIII. Parteitag der KP Chinas noch erhalten sind. Vor allem aber schwächt sie die kommunistische Weltbewegung und den antiimperialistischen Kampf der Völker. Der Maoismus hat sich durch seine ideologische und politische Praxis als Bestandteil und als Träger des Antikommunismus erwiesen. Auch in seinen antikommunistischen Angriffen auf den Charakter der staatlichen Macht in den sozialistischen Ländern, ihren Klassencharakter, trifft er sich in allen entscheidenden Punkten mit den imperialistischen und den rechtsrevisionistischen Ideologien und Auffassungen.

Ihr zentraler gemeinsamer Angriffspunkt ist unter den verschiedensten Vorwänden und Vorzeichen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei im sozialistischen Staat. Das gemeinsame Ziel dieser Angriffe mit ihrer vor allem gegen die Sowjetunion als die führende und stärkste Macht des Sozialismus orientierten Stoßrichtung ist die Untergrabung und Beseitigung dieser Macht, von den Maoisten ständig, von den anderen nur gelegentlich offen verkündet. Die dabei durchaus eigenen, selbständigen machtpolitischen Ziele der maoistischen Führer Chinas ändern nichts an der Tatsache, daß sie im Kampf gegen den Sozialismus in der Welt dem Imperialismus Handlangerdienste leisten und von ihm ihre ideologischen Anleihen beziehen. [65]

Der Nationalismus – Bestandteil bürgerlicher, rechts- und „links“ opportunistischer Angriffe auf den sozialistischen Staat

Im Zusammenhang mit diesen antikommunistischen Hauptströmungen der Gegenwart und ihren Angriffen auf den Sozialismus speziell in der Staatsfrage, die sich in der Praxis des ideologischen Klassenkampfes oft miteinander verflechten und verbinden, Varianten hervorbringen, in denen Elemente bald der einen, bald der anderen auch gemeinsam auftauchen, erscheint es geboten, auf die Frage des Nationalismus noch von einer anderen Seite näher einzugehen. Der Nationalismus tritt zwar in der Form des Großmachtchauvinismus in den maoistischen Konzeptionen besonders deutlich in Erscheinung, beschränkt sich aber nicht darauf, sondern spielt im antikommunistischen ideologischen Gesamtkomplex des Imperialismus eine weitaus umfassendere und auch weitergespannte politische Rolle.

Der Nationalismus stellt im Vergleich zu den dargelegten ideologischen Hauptströmungen des Antikommunismus keine besondere, selbständige Strömung dar, sondern erscheint mehr oder weniger als eine bestimmte Seite oder Komponente dieser Strömungen, und zwar in verschiedenartigsten Formen.

⁶¹ K. Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Berlin 1971, S. 67.

Die Verbreitung nationalistischer Ideologien war schon seit der Begründung des Marxismus eines der ideologischen Instrumente der Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterbewegung, vor allem gegen ihren internationalen Zusammenschluß, gegen den praktischen proletarischen Internationalismus. Es ist aus der Geschichte der Arbeiterbewegung hinlänglich bekannt und wird auch nicht vergessen werden, wie die Kommunisten, konsequente Internationalisten und gerade deshalb hervorragende Patrioten, als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft, aus dem Lande gejagt, verfolgt und auf einer Welle nationalistischer Propaganda, nationalistischen Hasses öffentlich verfeimt wurden.

Heute, da der proletarische Internationalismus in der Sowjetunion und in der sozialistischen Staatengemeinschaft, ihrer wachsenden Zusammenarbeit und Integration eine staatlich organisierte Kraft, und zwar die den Gang der Weltgeschichte [66] bestimmende politische Kraft geworden ist, die sich immer mehr festigt und ihren Einfluß immer weiter erhöht, da gleichzeitig die internationale Befreiungsbewegung der Völker anwächst, junge Nationalstaaten entstanden sind und sich im Zusammenhang damit auch das nationale Selbstbewußtsein dieser Völker entwickelt, verstärkt der Imperialismus seine Bemühungen, den Nationalismus seinen antikommunistischen Zielen noch stärker dienstbar zu machen.

Von um so größerer Bedeutung ist es, die bürgerlichen, rechts- und „links“opportunistischen nationalistischen Thesen prinzipiell und konsequent vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer Verwirklichung bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, die zugleich zur Herausbildung sozialistischer Nationen und zu ihrer Annäherung und Zusammenarbeit führt, zu widerlegen.

Im „Kommunistischen Manifest“ haben Karl Marx und Friedrich Engels begründet, daß das Proletariat, indem es die politische Macht erobert, sich zur nationalen Klasse erhebt, sich selbst als Nation konstituiert. Die Begründer der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse wiesen nach, daß eine wirkliche Lösung der nationalen Frage die Lösung der sozialen Grundfrage der Neuzeit, nämlich die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, voraussetzt. Den praktischen Beweis und das hervorragende Beispiel für die Richtigkeit und Lebenskraft des marxistisch-leninistischen Herangehens an die nationale Frage geben vor allem die Entstehung und Entwicklung der Sowjetunion.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, nach den Worten ihrer Gründungsdeklaration und in ihrer Wirklichkeit die „freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker“⁶², hat ihr festes Fundament in der Einheitlichkeit der sozialökonomischen und politischen Grundlagen aller ihrer Glieder, in der Beseitigung der Ausbeutermacht und der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, der einen Nation durch die andere, in der einheitlichen politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrem Ziel, dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Auf diesem Fundament verkörpert sie die schöpferische Kraft des proletarischen Internationalismus, in ökonomischer, sozialer, kultureller und auch in staatlich-rechtlicher Gestalt.

[67] Die Bildung und Entwicklung der UdSSR ist ein gesetzmäßiges Ergebnis der durch die Oktoberrevolution verwirklichten *sozialen* Selbstbestimmung der Völker, ihrer von der Arbeiterklasse und deren marxistisch-leninistischen Partei geführten werktätigen Massen. Auf dieser Grundlage führt die *nationale* Selbstbestimmung nicht zur Abkapselung und zur Konfrontation der Völker, sondern zu ihrer Zusammenarbeit auf der Basis der gemeinsamen Verwirklichung ihrer gemeinsamen sozialen Grundinteressen. Der Sowjetstaat hat unter Führung der KPdSU diesen Grundsatz konsequent verwirklicht und damit auch jenes tiefe Vertrauensverhältnis zwischen den Werktätigen aller Völker der Sowjetunion geschaffen, das heute die Angehörigen aller Nationen und Völkerschaften der UdSSR als Sowjetbürger, als Sowjetvolk miteinander verbindet.

Heute haben die sozialistischen Nationen und Völkerschaften der UdSSR einen hohen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungsstand erreicht. Der charakteristische Inhalt ihrer nationalen Beziehungen ist heute die gemeinsame, bewußte, schöpferische Arbeit für die Ziele des kommunistischen Aufbaus.

⁶² Vgl. Die erste Verfassung der UdSSR, Moskau 1948, S. 340 (russ.).

In der planmäßigen Entwicklung dieses bewußten, organisierten Schöpfertums der Werktätigen aller Nationen und Völkerschaften des Sowjetlandes besteht die fortschrittsfördernde Rolle des Sowjetstaates, der das staatliche Wesen der politischen Macht der Arbeiterklasse von Anfang an verkörpert. Die allseitige Zusammenarbeit der Nationen und Völker der UdSSR auf dem heutigen hohen Niveau der Produktivkräfte ist zu einem mächtigen Beschleunigungsfaktor des ökonomischen und sozialen Fortschritts geworden.

Der XXIV. Parteitag der KPdSU hob hervor, daß die Partei auch künftig den Leninschen Kurs der Entwicklung der sozialistischen Nationen und ihrer allmählichen Annäherung verfolgen wird, der sich unter aufmerksamer Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten und der Entwicklung der sozialistischen Nationalkulturen vollzieht. Auf dieser Basis bildet sich bei gleichzeitiger komplexer Entwicklung der einzelnen Unionsrepubliken eine neue planmäßige Arbeitsteilung im Maßstab der Union heraus, in der die Entwicklung einer jeden Unionsrepublik harmonisch mit den Erfordernissen der einheitlichen Volkswirtschaft der UdSSR verbunden ist.

[68] Die Annäherung der Nationen und Völkerschaften, ihre wachsende ökonomische Verflechtung im Rahmen der einheitlichen Volkswirtschaft der UdSSR, bedeutet keineswegs, daß ihre nationalen Eigenarten, ihre reichen Traditionen, ihre Kultur und Sprache nivelliert werden oder gar verschwinden.

Die Entwicklung der Sowjetunion beweist: Einerseits schuf politische Macht der Arbeiter und Bauern die Bedingungen für das Aufblühen der nationalen Kulturen der Völker der Sowjetunion. Andererseits führte gerade dieses Aufblühen zu einem intensiven kulturellen Austausch und zur wechselseitigen kulturellen Bereicherung auf der Grundlage ihres gemeinsamen sozialistischen und daher zutiefst humanistischen Inhalts. Beide Prozesse vollziehen sich auch weiterhin und stärken die internationalistischen Grundlagen der sowjetischen sozialistischen Kultur.

Die sozialistische Staats- und Rechtsordnung der UdSSR bringt diesen Prozeß der gegenseitigen Durchdringung von Nationalem und Internationalem zum Ausdruck, garantiert und fördert ihn. Den souveränen verfassungsmäßigen Rechten der Unionsrepubliken entspricht ihre gleichberechtigte Vertretung in den zentralen Organen der Union. Der Oberste Sowjet der UdSSR besteht bekanntlich aus zwei Kammern, dem Union- und dem Nationalitätensowjet, in dem alle Unionsrepubliken gleichberechtigt vertreten sind. Die Vorsitzenden der Präsidien der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken sind zugleich regelmäßig amtierende Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Die Vorsitzenden der Ministerräte der Unionsrepubliken sind Mitglieder des Ministerrates der UdSSR. Die Präsidenten der Obersten Gerichte der Unionsrepubliken sind Mitglieder des Präsidiums des Obersten Gerichts der UdSSR usw.

Diese strikte Wahrung der souveränen Gleichheit der Nationen, die auch innerhalb der Unionsrepubliken hinsichtlich der Autonomen Republiken, Gebiete und nationalen Bezirke unverrückbares Prinzip bildet und die Entfaltung der nationalen Eigenarten garantiert, ist auf der anderen Seite wiederum eng verbunden und erhält ihre ökonomische Basis und ihre materiellen Mittel durch die einheitliche zentrale Volkswirtschaftsplanung der Union und den einheitlichen Unionshaushalt, die im sozialistischen gesellschaftlichen Eigentum an den Produk-[69]tionsmitteln ihre Grundlage haben. Das wachsende ökonomische Leistungsvermögen der Volkswirtschaft der UdSSR durch die gemeinsamen Anstrengungen der Völker der Sowjetunion erhöht für alle Nationen und Völkerschaften des multinationalen Sowjetstaates die materiellen Möglichkeiten für die Entfaltung ihres Wohlstandes und ihrer nationalen Kultur. Dabei verstärkt diese gemeinsame Arbeit wiederum ständig das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Völker der Sowjetunion, ihre Einheit als Sowjetvolk. Bei der Entwicklung dieses Bewußtseins kommt der erzieherischen, bildungspolitischen Rolle des sozialistischen Staates große Bedeutung zu.

Die in den vergangenen Jahren ständig erweiterten Rechte und Vollmachten der örtlichen Sowjets in den Dörfern, Städten und Rayons, die wachsende Aktivität der Arbeiterkollektive in den Betrieben und Massenorganisationen der Werktätigen, der gesamte Prozeß der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, dessen Richtung vom XXIV. Parteitag der KPdSU aufgezeigt wurde, besitzen

auch für diesen Prozeß der praktischen Dialektik von Internationalem und Nationalem in der den Kommunismus aufbauenden entwickelten sozialistischen Gesellschaft der UdSSR große Bedeutung. Die Intensivierung dieser Wechselbeziehungen arbeitet den internationalistischen Charakter der Sowjetmacht immer stärker heraus.

Da diese Dialektik von Nationalem und Internationalem im Sozialismus in der politischen Macht der Arbeiterklasse, in den sozialistischen Produktionsverhältnissen und der damit verbundenen Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ihre objektiven Wurzeln hat, ist es gesetzmäßig, daß diese Faktoren ihren Einfluß auch auf die Beziehungen zwischen der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft ausüben.

Indessen realisiert sich der Einfluß dieser Faktoren auf die Gestaltung dieser Beziehungen nicht spontan, sondern wird dann bestimmend, wenn die diesen Faktoren innewohnenden objektiven Möglichkeiten erkannt und bewußt als staatliche Politik verwirklicht werden. Die auf der bewußten Ausnutzung dieser Faktoren, der Vorzüge der in allen sozialistischen Ländern einheitlichen sozialistischen Produktionsverhältnisse und der grundsätzlichen Gemeinsamkeit der politischen und sozialen Ziele, beruhende wachsende Zusammenarbeit der sozialisti-[70]schen Staaten im RGW, die langfristige planmäßige sozialistische ökonomische Integration ist Ausdruck einer Entwicklung, die den *sozialistischen* Charakter der Einheit von Nationalem und Internationalem unter den Bedingungen der Existenz von mehreren souveränen sozialistischen Staaten im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft kennzeichnet und festigt.

Die bisherigen Ergebnisse dieser aus historischer Sicht durchaus noch an ihrem Anfang stehenden Zusammenarbeit zeigen bereits, daß dadurch nicht nur den objektiven Vorzügen der sozialistischen Produktionsverhältnisse sondern auch den objektiven Erfordernissen der internationalen Entwicklung der Produktivkräfte im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution auf günstige Weise Rechnung getragen werden kann, die Produktivität und Leistungsfähigkeit der einzelnen nationalen Volkswirtschaften sich erhöht und das ökonomische wie politische Gewicht der sozialistischen Staaten in der Welt rasch zunimmt.

Sie zeigen auch, daß auf diesem Wege die nationalen Möglichkeiten für den sozialen Fortschritt in allen beteiligten. Staaten größer werden, während andererseits zugleich der internationale kulturelle Austausch bis zur Entwicklung vieler persönlicher Kontakte und Freundschaften sich intensiviert und das Bewußtsein der Gemeinsamkeit gefestigt wird. Hier verflechten sich zwei wichtige Elemente – das nationale Bewußtsein und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur internationalen sozialistischen Gemeinschaft.

Das sozialistische Nationalbewußtsein ist zutiefst vom proletarischen Internationalismus durchdrungen. Es begründet internationalistische Handlungs- und Verhaltensmotive, die letztlich auf den Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse beruhen, aus deren praktischem Kampf gegen das internationale Kapital sie entstehen. Es wird von der Überzeugung geprägt, durch eigene nationale Leistung die internationale sozialistische Gemeinschaft zu stärken und dadurch das soziale Dasein der eigenen wie aller sozialistischen Nationen zu verbessern.

Im Gegensatz dazu ist die mechanische Gegenüberstellung von Nationalem und Internationalem ein typisches Attribut bürgerlicher Ideologie. Je nach den Bedürfnissen des Kapitals wird entweder das Nationale für „überholt“ erklärt und Kosmopolitismus propagiert oder aber überheblicher Nationalismus [71] verkündet. Meist wird beides zugleich getan; denn der Kosmopolitismus erweist sich bei näherem Hinsehen als der Herrschaftsanspruch jener imperialistischen Gruppen, die ihn verkünden lassen und fördern, und ist, so gesehen, auch auf nationale Unterdrückung gerichtet, ist eine verhüllte Form des Nationalismus.

Das bürgerliche ideologische Dilemma der Unvereinbarkeit von Nationalem und Internationalem und die damit verbundene theoretische Konfusion haben ihre tiefste Ursache in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, im privatkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und dessen Drang nach internationaler Expansion. Daher offenbart sich im imperialistischen Stadium des

Kapitalismus in besonderem Maße dessen antinationaler Charakter, der im Nationalismus zum Ausdruck kommt. Jedes internationale imperialistische Monopol beruht in seinem Wesen auf der in den internationalen Bereich transformierten sozialen Unterdrückung, die notwendig dann zugleich auch als nationale Unterdrückung erscheint. Lenin hat diesen Zusammenhang in seinem Werk über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus ausführlich herausgearbeitet und nachgewiesen, daß das Wesen der nationalen Unterdrückung im sozialen Wesen des Imperialismus begründet ist. Auch zwischen den Monopolen und selbst innerhalb der Monopolverbände geht der Konkurrenzkampf stets um die ökonomisch und damit politisch mächtigste beherrschende Position. In den auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen bestehenden internationalen Vereinigungen ist daher das Prinzip der Gleichheit von vornherein ebenso ausgeschlossen, wie wirtschaftliche und politische Vorherrschaft und Unterdrückung ihren gesetzmäßigen Inhalt bilden.

Der von der objektiven Gemeinsamkeit der Grundinteressen des internationalen Proletariats getragene proletarische Internationalismus ist daher dem internationalen Kapital und seiner Politik und Ideologie von vornherein entgegengesetzt. Als staatlich organisierte Form der wachsenden Zusammenarbeit in der sozialistischen Staatengemeinschaft ist er heute eine Kraft, der der Imperialismus auf die Dauer nichts entgegensetzen kann. Der Versuch, die Herausbildung, Festigung und Entwicklung dieser Gemeinschaft zu hemmen, ist daher nur ein Versuch zur Verlängerung ihrer eigenen Herrschaft.

[72] Eines der ideologischen Mittel, die der Imperialismus gegenwärtig für diesen Zweck gegen die sozialistischen Länder als Teil seiner antikommunistischen Gesamtstrategie einsetzt, ist die Verbreitung nationalistischer Ideologien im Interesse seiner immer nicht begrabenen Weltherrschaftspläne. Dabei versucht er nationalistische Vorurteile, die durch imperialistische Unterdrückung entstanden sind, aber auch das überall zu beachtende Anwachsen des nationalen Selbstbewußtseins der Völker, das mit dem erfolgreichen antiimperialistischen Befreiungskampf verbunden ist, für seine antikommunistischen Zwecke auszunutzen.

Die nationalistische Propaganda wird in den kapitalistischen Hauptländern in den letzten Jahren immer gezielter und differenzierter im eigenen Land und gegenüber den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft geführt. Dabei wird mit Fälschungen und auch mit Halbwahrheiten gearbeitet, indem gegenseitige Hilfe nur einseitig dargestellt wird, um sie als Übervorteilung und politische Abhängigkeit zu verunglimpfen und sozialistische Arbeitsteilung im Sinne kapitalistischer Konkurrenz und Ausbeutung zu diffamieren.

Generell ist charakteristisch, daß für die Propagierung nationalistischer Ideologien das Vokabular kapitalistischen Geschäftsdenkens und der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft benutzt wird, um qualitativ völlig entgegengesetzte politische und ökonomische Sachverhalte und Beziehungen umzu- deuten und einen nationalistischen, gegen den Sozialismus gerichteten ideologischen Effekt zu erzielen. Dabei tritt der Nationalismus heute keineswegs ausschließlich in der vordergründigen Form des Chauvinismus auf, sondern außerordentlich differenziert.

Eine dieser verdeckten und verfeinerten Formen ist zum Beispiel die nationalistische Zielrichtung solcher ideologischer Strömungen, die versuchen, die ökonomischen und sozialen Leistungen einzelner sozialistischer Staaten einander gegenüberzustellen mit der Absicht, die Werktätigen dieser Länder gegeneinander auszuspielen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch einige Bemühungen einzuschätzen, die von manchen bürgerlichen Ideologen, Juristen und anderen Experten der „Ostforschung“ unternommen werden. Ihre Absichten werden sowohl in den USA als auch anderswo klar formuliert; nämlich nationale, eigenständige Strömungen“ in den sozialistischen Staaten [73] hervorzubringen und den marxistisch-leninistischen Klassenbegriff durch ein „traditionelles Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit“ zu ersetzen.

Ein solches Vorgehen mit im wesentlichen gleicher Zielsetzung liegt auch den Behauptungen vom unveränderten Tatbestand einer einheitlichen deutschen Nation zugrunde, wie sie unter anderem von sozialreformistischen Ideologen in der BRD propagiert werden. Die nationalistische Komponente dieser Ideologie ergibt sich auch hier letztlich aus der Abstraktion der nationalen Frage von ihrem

sozialen, klassenmäßigen Inhalt, dem sie untergeordnet ist. Da die Frage nach dem Klasseninhalt der nationalen Frage nicht gestellt wird, erhält der Begriff der Nation den Charakter einer Beschwörungsformel und objektiv eine nationalistische Färbung. Diese Abstraktion wird indirekt auch auf die Staatsfrage übertragen. Deshalb ist die theoretische Auseinandersetzung mit dem Sozialreformismus einschließlich seiner nationalistischen Komponente im Rahmen der Auseinandersetzung mit den bürgerlich-imperialistischen Staats- und Rechtsauffassungen eine wichtige Aufgabe. Sie bildet zugleich einen untrennbaren Bestandteil unserer Bemühungen um das tiefere Eindringen in die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der nationalen Frage und des Nationalbewußtseins in der Gegenwart, unserer Bemühungen um die Festigung des sozialistischen Staats- und Rechtsbewußtseins der Massen, innerhalb dessen der proletarische Internationalismus entscheidende Bedeutung hat.

Auch ohne daß hier der Beweis durch einen Exkurs in die Geschichte der letzten Jahrzehnte angetreten wird, ist unbestreitbar: In der BRD besteht mit der alten kapitalistischen Gesellschaftsstruktur auch der unversöhnliche Klassengegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, zwischen den Monopolen und den Volksmassen fort. Jenes kapitalistische Gesellschaftssystem mit den ihm wesenseigenen sozialen Gegensätzen ist auch die Grundlage für das Fortbestehen der bürgerlichen Nation. Es prägt auch den Charakter jenes Staates als eines, bürgerlich-imperialistischen Staates.

Im Gegensatz dazu entwickelt sich in der DDR unter der Führung der Arbeiterklasse und im Bündnis mit allen werktätigen Klassen und Schichten die sozialistische Gesellschaft, auf einer völlig neuen, der sozialistischen ökonomischen [74] Basis und einer grundlegend neuen Klassenstruktur beruht, einen festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems bildet und ihre Integration in die sozialistische Staatengemeinschaft vertieft. Hier im sozialistischen deutschen Staat entwickelt sich die sozialistische Nation.

„So gibt es heute zwei deutsche Staaten, die den Grundwiderspruch unserer Zeit, den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Imperialismus und Sozialismus verkörpern. Im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit treten wir dafür ein, daß sie ihr Verhältnis zueinander – wie die SED und die Regierung der DDR es seit langem anstreben – auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz regeln.“⁶³

Der Nationalismus spielt im antikommunistischen Gesamtkonzept des Imperialismus eine große Rolle, weil er nicht nur darauf berechnet ist, die Einheit der sozialistischen Staaten zu untergraben, sondern auch darauf, den Einfluß der sozialistischen Staaten auf die Länder zu schwächen, die sich von der imperialistischen Kolonialherrschaft befreit haben und den Weg einer eigenen nationalen und demokratischen Entwicklung beschreiten oder aber sich noch im antiimperialistischen Befreiungskampf befinden. Er ist ein Versuch, dem gesetzmäßigen Zusammenwirken des Sozialismus und der antiimperialistischen Befreiungsbewegung der Völker entgegenzuarbeiten, die antiimperialistische Befreiungsbewegung von ihren natürlichsten Verbündeten, den sozialistischen Staaten, zu trennen.

Das erwachende und erwachte Nationalbewußtsein der ehemals kolonial unterdrückten Völker spielt im antiimperialistischen Befreiungskampf eine wesentliche und progressive Rolle. Es stellt eine der ideologischen Triebkräfte dieses Kampfes dar, weil es das Streben nach ökonomischer, politischer und kulturell-geistiger Unabhängigkeit von den ausländischen Ausbeutern und Unterdrückern ideologisch zum Ausdruck bringt. Insofern ist dieses Nationalbewußtsein eine historisch fortschrittliche, geistige Kraft. Der Imperialismus, infolge der historischen Entwicklung und Ausstrahlungskraft des Sozialismus, auch infolge der Entwicklung seiner eigenen Widersprüche außerstande, seine koloniale Macht in der alten Weise aufrechtzuerhalten, versucht nun auch hier auf dem Wege des [75] Nationalismus eine Annäherung der nationalen Befreiungsbewegung und der jungen Nationalstaaten an den Sozialismus zu verhindern. Jedes Mittel ist ihm recht, wenn es darum geht, das eben erwachte Nationalbewußtsein und den nationalen Stolz dieser Völker in die Bahn des Nationalismus zu lenken, der die Isolierung von den sozialistischen Staaten bezweckt und zwischen den jungen Nationalstaaten selbst Konflikte entfachen soll. Von solchen Zwickigkeiten profitiert das imperialistische System.

⁶³ E. Honecker, Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED, Neues Deutschland vom 29.5.1973, S. 4.

Heute beweisen bereits die Tatsachen, daß die nationale Befreiungsbewegung und auch die national-demokratischen Staaten auf ihrem Entwicklungsweg die Selbständigkeit dieses Weges nur dann bewahren, die wirkliche nationale Unabhängigkeit in politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht nur dann erreichen können, aber auch mit Sicherheit erreichen werden, wenn sie konsequent den Weg der Annäherung und des Bündnisses mit dem Sozialismus, mit den sozialistischen Staaten gehen. Denn die Achtung der souveränen Gleichberechtigung aller Staaten und Völker ist eines der Prinzipien des Sozialismus. Der Weg des Nationalismus hingegen führt auf diese oder jene Weise zurück in die Abhängigkeit vom Imperialismus, die dann in neuen Formen und mit einem betont antikommunistischen Akzent in Erscheinung tritt.

Der Nationalismus erweist sich auch hier in der Praxis als eine zutiefst bürgerliche Ideologie. Seine Wurzel ist letztlich im privatkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und in der auf ihm beruhenden Konkurrenz zu suchen, die durch den Nationalismus lediglich in die politische Sphäre der Beziehungen zwischen den Nationen übertragen wird und dem daher stets der Kampf der Nationen gegeneinander, um Vorherrschaft der eigenen und Abhängigkeit anderer zugrunde liegt.

Der Marxismus-Leninismus geht an die nationale Frage wie an alle anderen Fragen vom Standpunkt der Arbeiterklasse, ihres internationalen Kampfes gegen den Weltkapitalismus heran. Hier gilt auch heute noch, was Lenin schon im Juni 1917 über „Die Außenpolitik der russischen Revolution“ schrieb: „Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats.“⁶⁴

[76] Auf der Grundlage der Gemeinschaft ihrer sozialen Interessen vereint der Marxismus-Leninismus die Arbeiter und die anderen Werktätigen aller Länder zu gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In diesem Kampf stellt jede Nation ihre spezifischen Bedingungen und Traditionen in Rechnung, entwickelt ihre spezifischen nationalen Talente und Fähigkeiten und hilft auf diese Weise der gemeinsamen Sache des Sozialismus und Kommunismus voran. Der Sozialismus, das beweisen die fünfzigjährigen Erfahrungen der Sowjetunion, beseitigt nicht die nationalen Besonderheiten, sondern er beseitigt die sozialen Ursachen, die im Kapitalismus zur Konfrontation der Nationen geführt haben und führen, und er schafft im proletarischen Internationalismus die Basis, auf der die werktätigen Massen aller Nationen ihre Kräfte zum Nutzen aller Völker und so auch zu ihrem eigenen Nutzen entfalten können.

Die offensive Auseinandersetzung mit den bürgerlichen; rechts- und „links“opportunistischen Spielarten des Nationalismus, mit seinem antinationalen, antisozialen und antidemokratischen Charakter ist eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen den Antikommunismus und für die Ausstrahlungskraft des Sozialismus.

Woran der Antikommunismus scheitert

Seit über einem Jahrhundert, seit der Begründung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, rennt der Antikommunismus gegen die Lehre von Marx, Engels und Lenin an. Stets hat er dabei alles auf seinem Boden zu vereinen gesucht, was sich an geeigneter Ideologie anbot. Ständig hat er mit Entstellung und Verleumdung der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse gearbeitet, immer erneut hat er darauf spekuliert, den Marxismus-Leninismus zersetzen und die internationale Arbeiterklasse damit entwaffnen zu können. Zieht man heute die Bilanz, so ergibt sich, daß die geschichtliche Entwicklung gerade jenen Verlauf genommen hat, den der Antikommunismus mit allen möglichen Anstrengungen zu verhindern suchte.

Der Marxismus-Leninismus stellt heute die einflußreichste geistige Strömung der Zeit dar; seine Ideen befinden sich im [77] Vormarsch und werden beim erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sowie im Kampf gegen den Imperialismus immer stärker zur revolutionären weitverändernden Kraft. Vergewärtigt man sich allein den Verlauf und die Ergebnisse der internationalen

⁶⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 77.

Entwicklung seit der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969, wird sichtbar, welche mächtige politische und ideologische Kraft die kommunistische Weltbewegung und der Sozialismus heute darstellen, welchen wachsenden Einfluß sie auf das Weltgeschehen ausüben.

Der Antikommunismus scheitert an der Unbezwingbarkeit der Lehre von Marx, Engels und Lenin, am realen Sozialismus, dessen erfolgreiche Entwicklung seine Behauptungen in der Praxis widerlegt, und nicht zuletzt an der Wachsamkeit der marxistisch-leninistischen Parteien, die alle bürgerlichen, rechts- und „links“opportunistischen Angriffe zurückweisen, die Reinheit des Marxismus-Leninismus bewahren und sich als fähig erweisen, die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch auf die neuen Bedingungen unserer Zeit anzuwenden und weiterzuentwickeln.

Aus der Tatsache, daß Ideologie und Politik des Antikommunismus zum Scheitern verurteilt sind und gerade in der Gegenwart eine Niederlage nach der anderen einstecken müssen ergibt sich jedoch keineswegs, daß der Antikommunismus freiwillig die Waffen streckt. Die historische Defensive, in der er sich wie die gesamte bürgerliche Ideologie befindet, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Imperialismus auch weiterhin – und sogar im verstärkten Maße – alles an sozialismusfeindlicher Ideologie mobilisiert und einsetzt, was ihm als brauchbar erscheint.

Es wäre daher falsch, aus der unbestreitbaren Tatsache, daß sich die Krise der bürgerlichen Ideologie im allgemeinen und die des Antikommunismus im besonderen vertieft, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Imperialismus seine ideologischen Angriffe auf den Marxismus-Leninismus und den realen Sozialismus abschwächt oder gar einstellt. Noch immer verfügt der Imperialismus im Kampf um die Verlängerung seiner Existenz über beträchtliche Möglichkeiten der ideologischen Einflußnahme auf die arbeitende Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern. Gleichzeitig hat er keineswegs seine Versuche aufgegeben, auch in den sozialistischen Ländern ideologisch Fuß zu fassen.

Deshalb ist es erforderlich, offensiv und wirksam den Kampf gegen jede Erscheinungsform der dem Sozialismus feindlichen und fremden Ideologie, gegen alle Varianten der bürgerlichen, rechts- und „links“opportunistischen Ideologie, gegen den Antikommunismus, Antisowjetismus und Nationalismus in jeder Modifikation zu führen.

Diese Aufgabe erlangt gegenwärtig besondere Bedeutung – zu einem Zeitpunkt, da als Ergebnis der Politik der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten entgegengesetzter Gesellschaftssysteme mehr und mehr die internationalen Beziehungen zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus bestimmen. Wie die Ideologen des Antikommunismus selbst kundtun, setzen sie ihre Hoffnung darauf, daß mit diesem Prozeß Möglichkeiten entstehen würden, die sozialistischen Länder von innen her ideologisch zu unterwandern; doch eine ideologische Koexistenz zwischen dem Marxismus-Leninismus und der bürgerlichen Ideologie einschließlich der rechts- und „links“opportunistischen Revision des Marxismus gibt es nicht und wird es niemals geben.